



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 2 (1932)

138 (20.6.1932)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-255201](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-255201)

Städt. Amtsdruckerei
1932 JUN 20

Waldenkreuzbanner

NATIONALSOZIALISTISCHES
KAMPFBLOTT NORDWESTBADENS

Verlag: Die Volksgemeinschaft, Verleger: Otto Wegel.
Schiffleibung: Lärchstraße 55, Telefon 6048.
Wannheimer Schriftleitung: P. 5, 13a, Tel. 31471.
Das Waldenkreuzbanner erscheint einmal wöchentlich und kostet monatlich 2,40 RM. Bei Vorbestellung jährlich 24 RM. Bestellungen nehmen die Buchhändler und Zeitungsverleger entgegen. Die Zeitung am Wochenende (auch durch höhere Gewalt) verbleibt, behält kein Recht auf Entschädigung. Für Übertragung einzelner Manuskripte übernehmen wir keine Verantwortung.

Verlag: Die Waldenkreuz-Verlagsanstalt in Mannheim, Die Waldenkreuz-Verlagsanstalt im Zeltweg 25 Wg. für keine Anzeigen: Die Waldenkreuz-Verlagsanstalt 5 Wg. Bei Wiederholung Rabatt nach anliegendem Tarif. Schrift der Waldenkreuz-Verlagsanstalt: 16 Wg. Anzeigen-Annahme: Mannheim P. 5, 13a. Telefon 31471; Buchungs- und Erfüllungsort: Heidelberg. Ausschließlicher Vertriebsort: Heidelberg. Vertriebsstelle: Die Volksgemeinschaft, Karlsruhe 21 534.
Verlagsort Heidelberg.

Nr. 138 / 2. Jahrgang

Mannheim, Montag, den 20. Juni 1932

Freiverkauf 15 Pfg.

Durchbruch in Hessen

Die NSDAP gewinnt erneut 37000 Stimmen und 5 Mandate. — Das Zentrum in seiner Schlüsselstellung erschüttert. — Die bürgerliche Mitte zertrümmert. — SPD verliert 24000 Stimmen und 3 Sitze. — Geringer Zuwachs der SPD

Bis zum 15. November 1931 war die NSDAP mit einem einzigen Sitz im Hessensparlament vertreten. Die Weimarer Koalition regierte in Hessen unumschränkt. Der 15. November 1931 brachte unserer Bewegung den gewaltigen Wahlsieg. Mit 27 Sitzen wurden wir in Hessen die weitaus stärkste Partei. Unsere Stimmenzahl hatte sich gegenüber dem 14. September 1930 mehr als verdoppelt. Die Sozialdemokraten aber fielen von 24 auf 15 Sitze zurück und die abgewirtschafteten bürgerlichen Parteien rückten sich in den neuen Landtag noch mit je einem Sitz, während die Kommunisten zu ihren 6 Mandaten noch weitere 4 dazugewannen. Das Zentrum büßte am 15. November vergangenen Jahres 3 Sitze ein. Es war damit noch mit 10 Mandaten vertreten. Die Neubildung einer Regierung, wie sie der Volkswille verlangte, scheiterte an der Hartnäckigkeit des Zentrums, das diesen Volkswillen mißachtete. Das alte Ministerium führte die Geschäfte weiter. Sieben Monate regierte dieses geschäftsführende Kabinett, mit dem Erfolge, daß die Schuldenlast des Hessenslandes immer größer und größer wurde. In den letzten 3 Monaten allein stieg diese um 4 Millionen an. Fürwahr, ein Zeichen von grenzenloser Unfähigkeit dieser Geschäftsführer, die das Volk nicht befreit hatte. Mit allen nur erdenklichen Schikanen ließen es sich die schwarz-roten Machthaber angelegen sein, die NSDAP aus Hessen zu terrorisieren und sie vor dem Hessenvolke zu diskreditieren. Wir erinnern nur an die „Blutdokumente“, mit denen die Journaille einen Verleumdungs- und Hetschflugzeug entfacht hat, an den die belgischen und französischen Kriegsgreuelgeschichten von den abgedachten Kinderhänden nicht im entferntesten heranzureichen. Mit diesem Spießerscheiß von Hessen glaubten die vereinigten Katastrophopolitiker unsere Bewegung in Hessen

tollügen, erdroffeln und zerschlagen zu können. Beim ersten Reichspräsidentenwahlgang, bei dem unser Hessengau gegenüber dem 15. November 1931 rund 10000 Stimmen einbüßte, da gelten die Posaunen Jerichos über die deutschen Gauen und im System-Blätterwald rauschte es bewegt und freudig, daß der Nationalsozialismus in Hessen, keine 290000, sondern nur noch 280000 Stimmen aufbrachte. In diesen Freudenbecher der vereinigten Katastrophparteien goß der 10. April seinen bittersten Wermutstropfen mit den 314000 Stimmen. Kleinfant registrierten die schwarz-roten Zeitungspapier eine Zunahme von 24000 Stimmen. Sie errechneten diesen Zuwachs nicht etwa aus dem nächstliegenden letzten Präsidentenwahlgang, sondern sie gingen auf den 15. November 1931 zurück, weil sie sonst ihrem Vorfall, ihre Leser zu vernebeln, nicht gerecht geworden wären und anstatt einer Zunahme von 24000 eine solche von 34000 hätten melden müssen.

Nun hat am gestrigen Sonntag abermals das hessische Volk gesprochen, nachdem dieser Landtag durch den Spruch des hessischen Staatsgerichtshofes aufgelöst worden ist. Nachstehend vorläufig

Das Ergebnis:

	Stimmen	Mandate
NSDAP	328313 (291183)	32 (27)
SPD	172545 (168101)	17 (15)
Zentrum	108603 (112144)	10 (10)
KPD	82111 (106790)	7 (10)
SNP	11697 (23108)	1 (2)
DNVP	11267 (10857)	1 (1)
Nat. Liste	25175 (68208)	2 (5)
Hess. Dem.	4925 (5613)	0 (0)
Leuchtgens	2079 (—)	—

(Zahlen in Klammern: Ergebnis der Landtagswahl vom 15. November 1931).

Das Bemerkenswerte an der Hessenswahl ist die neuerliche, gewaltige Zunahme der NSDAP um 37000 Stimmen gegenüber der letzten Landtagswahl. Selbst das großartige Ergebnis des zweiten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl wurde mit 14000 Stimmen übertrumpft. Unsere hessische Landtagsfraktion konnte ihre Mandatszahl von 27 auf 32 erhöhen. Noch am Freitag schrieb die „Frankfurter Zeitung“, das noch deutsch geschriebene Judenblatt, daß endlich die Grenze des Anwachsens der Nationalsozialisten in diesem Wahlgang aufgezeigt werden müsse. Das hessische Volk hat der Frankfurterin diesen Gesallen nicht erwiesen. Das eindeutige Bekenntnis des Hessenvolkes hat mit dem Stimmzettel die riesige

Schlammflut der Lüge hinweggeräumt. Wir sind stolz auf diesen Sieg, den unsere Kameraden in Hessen mit Adolf Hitler an der Spitze errungen haben, auch wenn er uns die absolute Mehrheit nicht gebracht hat. Mit den Mandaten der Nationalen Einheitsliste, auf der sich das hessische Landvolk, die Volks- und Staatspartei, sowie der Christl.-Soz. Volksdienst verbunden haben und dem einen Mandat der Deutschnationalen, steht das Verhältnis 35:35. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß noch Verschiebungen der Rechtsparteien eintreten können. Das Zentrum ist auf alle Fälle bedenklich aus seiner Schlüsselstellung herausgeworfen. Es hat etwa 4000 Stimmen verloren und konnte sich gerade noch mit seinen 10 Sitzen halten. Das ist das Entscheidende bei dieser Wahl. Die bürgerliche Mitte ist auch in Hessen völlig ausgerieben worden. Von 68000 Stimmen ging sie auf 25000 zurück.

Die SPD büßte rund 24000 Stimmen ein, während die Sozialdemokraten mit dem bescheidenen Gewinn von 4000 Stimmen 2 Mandate ergattern konnten. Die Splitterparteien haben die verdiente Abfuhr erhalten. Dem Zentrum wird der Ausfall dieser Wahl ein Menetekel sein. Mag es sich noch so sehr gegen uns sträuben, wir werden es überall aus seiner beherrschenden Stellung vertreiben. Wir lassen diese Katastrophparteien nicht mehr los. Der Kampf geht weiter. Wo sich der Nationalsozialismus festgebissen hat, da gibt es keine Gnade. Das werden die kommenden Reichstagswahlen am 31. Juli erneut beweisen.

Das Volk in Hessen hat ebenso wie in den Ländern Norddeutschlands empfunden, daß es jetzt nicht mehr um kleinliche Fragen des Alltages geht, sondern um die Vollenendung der Aufgabe des deutschen Volkes nach den ewigen Gesetzen göttlicher Geschichte, der wir uns als Vollender und Vollstrecker aufgeschlossen haben. Diese Aufgabe ist der Neubau von Staat und Reich, die Schaffung des Reiches der Deutschen. Vierzehn Jahre mahnten ins Land gehen, ehe die Auswirkungen der Novemberrevolte überwunden werden konnten, ehe der Resignation der Massen des deutschen Volkes der Wille zum Aufbau folgte. Ein gigantischer Kampf von nie gekanntem Ausmaße zeichnet den Weg. Das Ziel ist nicht mehr fern. Es beflügelt den deutschen Aufbruch. Der destruktive Marxismus wird von dem konstruktiven deutschen Sozialismus überwunden, der hineinführt in den Staat der Volksgemeinschaft.

Durchbruch in diese deutsche Zukunft, das ist für uns das Ergebnis von Hessen, das muß auch das Ergebnis der Reichstagswahl werden. Dr. K.

Die neue Notverordnung

Von Rechtsanwalt Rupp, M.d.R.

Die Aera Brüning mit ihren politischen Notverordnungen wird liquidiert. Ein Augias-Stall ist leichter zu misten, als sich in den Brüning-Ordnerschen Notverordnungen zurecht zu finden. Die neue Notverordnung hat im allgemeinen gründliche Arbeit geleistet. Das, was stehen geblieben ist, findet nicht überall unseren Beifall. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der politischen Betätigung noch weniger Schranken angelegt werden sollten, als dies jetzt der Fall ist.

Immerhin können wir einen Fortschritt feststellen. Zunächst freuen wir uns darüber, daß Zehntausende von Parteigenossen ihre dreimonatigen Strafen nicht mehr absitzen brauchen. Paragraph 23 der neuen Notverordnung bestimmt nämlich ausdrücklich, daß die alten Notverordnungsstrafen nicht mehr vollstreckt werden dürfen. Gnadengesuche brauchen nicht mehr gemacht zu werden, die übrigens bei dem badiischen Justizministerium doch keinen Wert hatten. Nur Rote haben dort manchmal Erfolge. Auch Kosten und Strafen, die auf Grund der Notverordnung verfügt sind, brauchen nicht mehr bezahlt werden.

Lastwagenfahrten dürfen in Zukunft gemacht werden. Eine Anmeldung bei der Polizei ist nicht mehr erforderlich. Die Räumlichkeiten der SA dürfen nicht mehr geschlossen werden, die geschlossenen dürfen wieder aufgemacht werden. Wir freuen uns, daß in Baden wieder verschiedene Räumlichkeiten und Häuser bezogen werden können, aus denen uns schwarz-rote Geschäftigkeit ausgetrieben hat. Auch die polizeiliche Haft bei Waffendelikten ist nicht mehr zulässig. Die Angstbestimmung, wonach Waffen bei der Polizeibehörde angemeldet werden müssen, ist aufgehoben. Der Herr Innenminister Mater braucht also in Zukunft nicht mehr an Tagen vor der Wahl die Anmeldungen des Polizeipräsidenten Karlsruhe in die Polizeischule zwecks Bewachung überbringen lassen.

Auch der sog. Ehrenschutz ist beseitigt. Es handelte sich hier bekanntlich um eine einseitige Bevorzugung von an ihrer sog. Ehre gekränkten systemtreuen Stelleninhabern. Wir haben uns von Anfang an entschieden gegen diesen Quatsch gewendet, weil wir gewußt haben, daß diese Bestimmungen nur einseitig angewendet werden.

Auch Plakate und Flugblätter brauchen jetzt nicht mehr der zuständigen Polizeibehörde vorgelegt werden. Wir können also in Zukunft auch wieder richtige Flugblätter verbreiten, ohne an die ungläubliche Zensur der Bezirksämter und Polizeipräsidenten gebunden zu sein. Was auf diesem Gebiete geleistet wurde, darüber dürfte das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. Die schamlosesten Flugblätter der Gegner wurden erlaubt, uns wurde jegliche Verteidigung verboten.

Versammlungen brauchen auch nicht mehr

Die Neugestaltung der SA und SS

Erlaß des Führers.

NSA Ich ordne hiermit die Neuerrichtung der SA an und beauftrage damit den Chef des Stabes, Ernst Röhm.

Die Gruppenführer der SA befüge ich vorläufig in ihren Dienststellen und in den Dienstbereichen, für die sie vor der Auflösung der SA ernannt waren.

Die SS wird durch den Reichsführer S. Himmler neu aufgestellt.

Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren SA gelten zunächst als Anhalt. Sie werden in Kürze neu erlassen.

Die weiteren Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes.

Adolf Hitler.

angemeldet zu werden. Auch diese Bestimmung werden die Vertreter, denen der Polizeianruf alles ist, verweigern. Auflagen wie: „über die gegenwärtige Lage darf nicht gesprochen werden“, liegen nunmehr auf dem politischen Schindanger.

Unsere Uniformen sind restlos und sofort zurückzugeben, soweit dieselben beschlagnahmt wurden. Unter diese Bestimmung fallen natürlich auch die beschlagnahmten Felcküchen, Orden, Autos und dergleichen.

Es bleiben die Bestimmungen, wonach Versammlungen überwacht werden dürfen. Dagegen haben wir gar nichts einzuwenden. Die Überwachungsbeamten geben in der Regel die besten Rats. Den Baustragen der Polizei muß in Zukunft, wenn sie sich beim Versammlungsleiter vorgestellt haben (sonst nicht) ein angemessener Platz zur Verfügung gestellt werden. Auch das wollen wir gerne tun.

Versammlungen können nach wie vor aufgelöst werden. Ich fürchte nur, daß in Baden in wüster Weise gegen die Reichsregierung geschimpft werden kann, während die leibhaftig Kritik an den Segnungen der badischen Regierung von Polizeibeamten vom Schlosse des Herrn Furrer geahndet wird.

Im wesentlichen bleiben auch die bisherigen Pressenotverordnungen bestehen. Nur dürfen wir in Zukunft bei Verboten mehr

Glück haben, als unter der Aera Groener. Ich glaube, daß wir uns nicht mehr an das Reichsgericht zu wenden brauchen und daß schon das Reichsministerium des Innern unseren Beschwerden abhilft. Bei Verboten seitens der badischen Regierung werden von uns zur Begründung unseres Standpunktes beim Reichsminister des Innern jeweils verschiedene Exemplare des „Volksfreundes“ beigelegt, damit verglichen werden kann, was dem einen recht und dem anderen nicht billig ist.

Daß das badische Demonstrationsverbot vom 15. 6. und das Verbot des Uniformtragens unzulässig ist, ist ganz klar. Darüber kann man überhaupt nicht debattieren; darüber ist auch nicht das letzte Wort gesprochen. Wir werden uns zu wehren wissen.

Zum Schluß sei bemerkt, daß die neue Notverordnung es geflissentlich unterläßt, die großen Bogen zu spucken, die bisher bei den Brüningschen Notverordnungen üblich waren, wie z. B. „mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten“, „mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten“, wird bestraft, wer... usw. Gewissen Richter wird dies zwar leid tun, wir jedenfalls sind froh darüber.

Vergessen werden wir jene Zeiten aber nicht, wie wir überhaupt alles in Erinnerung behalten wollen. Wir sind keine Leute mit schwachem Gedächtnis.

Rotfront will durch Terror neues SA-Verbot erzwingen!

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, fand am 18. Juni vormittags in Berlin eine Sitzung der Reichsführung des Rotfrontkämpferbundes statt, auf der der Beschluß gefaßt wurde, durch Steigerung des bisherigen Terrors gegen die SA- und SS-Formationen für diese ein neues Verbot zu erzwingen. Das Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß der Reichspräsident entschlossen sei, mit allen ihm verfassungsmäßig zustehenden Mitteln gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen, falls Gewalttätigkeiten nach Aufhebung des SA-Verbetes in Zukunft nicht unterbleiben, gäbe dazu eine Handhabe. In diese Terroraktion gegen die SA- und SS-Formationen sei auch die kommunistische Partei einzuspannen. Die Aktionen hätten am 17. Juni zu beginnen und hätten von Tag zu Tag umfassender zu werden. Dieser Beschluß ist am gleichen Tage in getarnter Form auf telegraphischem Wege an alle größeren Rotfrontkämpferbund-Einheiten weitergeleitet worden. Noch am gleichen Abend sind daraufhin im ganzen Reiche von Rotfrontkämpfer-Gauführern Führerkonferenzen einberufen worden, an denen sämtliche Funktionäre bis zum Abteilungsleiter herunter teilnahmen, und auf der die Anweisungen der Reichsführung des Rotfrontkämpferbundes entgegengenommen wurden.

Die Auswirkung: Bestialische Überfälle am laufenden Band

Im Zusammenhang mit dieser Nachricht ist festzustellen, daß die marxistischen Nordbanditen in den letzten Tagen eine besondere Aktivität entfaltet und planmäßig Überfälle auf Nationalsozialisten vornehmen. Aus der Reihe der Überfallsmeldungen greifen wir nur kurz einige heraus:

In Ludwigshafen wurden am Freitagabend zwei nationalsozialistische Zeitungsträger von Teilnehmern einer SPD-Versammlung ohne Grund angefallen und mißhandelt, so daß einer ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. — Ebenfalls in Ludwigshafen wurden Nationalsozialisten am Samstag von Kommunisten verfolgt und mehrfach mißhandelt. Einschreitende Polizei wurde mit Rufschreien wie „Muthunde“ empfangen. 26 Personen wurden festgenommen. — In Geinheim im Ried kam es mehrfach zu Reichsbannerüberfällen auf Nationalsozialisten, wobei vier Nationalsozialisten schwer verletzt wurden. — In Winkendorf bei Dären wurden durch Kommunisten 4 Nationalsozialisten schwer verletzt. — In Remscheid wurde ein Nationalsozialist schwer verletzt. 70 kommunistische Nordbanditen versuchten 2 Polizeibeamte zu entwandern. — In Steffeln wurde ein Trupp SA-Leute von Kommunisten beschossen. — In Hamburg fanden schwere Zusammenstöße zwischen der Polizei und Kommunisten statt, die zwei Tote und zahlreiche Verletzte zur Folge hatten. — In Treptow fanden verschiedentlich Feuerüberfälle auf Nationalsozialisten statt. 5 Schwerverletzte, darunter einer lebensgefährlich, sind zu verzeichnen. — In Mainz wurde in der Altstadt ein Trupp Nationalsozialisten durch Schüsse und Messerstücke schwer verletzt. — In Volkrop wurden eben-

falls Nationalsozialisten von Kommunisten beschossen.

Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Das Gesindel wird allmählich frech; wo bleibt die Reichsgewalt gegen die organisierten Nordbanditen? Wir fordern das Verbot der KPD, Festsetzung und rücksichtsloses Vorgehen gegen die Drahtzieher dieser Ueberfälle.

Stabschef Röhm zur Aufhebung des SA-Verbots

Aus Anlaß der Veröffentlichung der politischen Notverordnung des Reichspräsidenten, die die Aufhebung des SA-Verbetes umfasst, und im Zusammenhang mit der amtlichen Bekanntmachung der Bayer. Staatsregierung haben wir Stabschef Pg. Röhm gebeten, uns seine Auffassung zur Lage bekanntzugeben:

Der Stabschef vertrat folgenden Standpunkt:

Durch die neue Notverordnung des Reichs-

SA-Führer u. SA-Männer!

Nach neunwöchigem Verbot erhebt heute die SA aufs neue. Angebrochen durch die gegnerischen Schikanen, gefestigter, siegesicherer denn je, so treten wir heute in einen entscheidenden Kampfabschnitt ein. 12.000 bad. SA-Männer sind gewillt, endgültig mit dem Novembersystem abzurechnen, 12.000 badische SA-Männer geloben aufs neue ihrem Führer Adolf Hitler Treue bis zum Letzten.

Ich erwarte, daß jeder SA-Mann wie bisher, so auch in diesem gewaltigen Wahlkampf der nächsten Wochen restlos seine Pflicht erfüllt.

Es lebe die Freiheit!
Es lebe Deutschland und sein Führer Adolf Hitler!

Ludin, Oberführer.

präsidenten ist die Auflösungsverordnung vom 13. April 1932 ausdrücklich außer Kraft gesetzt. Diese Aufhebung bezieht sich sinngemäß auch auf das Uniformverbot der Reichsregierung vom 8. 12. 31. Es kann daher kein Zweifel bestehen, daß mit der Aufhebung des SA-Verbetes auch das bayerische Uniform- und Aufmarschverbot das am 30. März 1932 erneuert wurde, für

Ganz Deutschland wählt Liste 2!

Berlin, 14. Juni. Im Reichsministerium des Innern fand gestern eine Besprechung mit den Parteien über die Nummerfolge für die Reichswahlvorschläge zur Reichstagswahl 1932 statt. Auf dem Reichswahlvorschlag wird die Sozialdemokratische Partei die Nummer 1 erhalten. Er folgt sodann unter Nr. 2 die Nationalsozialistische Partei, die Kommunistische Partei trägt

Appell an den Reichspräsidenten

Um Verfassungsschutz gegen die verfassungswidrige Obstruktion der bayer. Regierung.

NSK Die Reichsleitung der NSDAP hat am 17. Juni durch Pg. Rechtsanwalt Dr. Frank II folgendes Telegramm an den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, sowie an den Herrn Reichsinnenminister Fehr. von Gahl gerichtet:

„Die Reichsleitung der NSDAP erhebt hiermit schärfsten Protest gegen die Versuche der bayerischen und badischen Staatsregierungen im Verordnungswege die in der politischen Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 erfolgte Aufhebung des Uniformverbots zu sabotieren. Sie erblickt in diesen selbstverständlich jeder Rechtsgrundlage entbehrenden Maßnahmen eine Fortsetzung jener verfassungswidrigen Verfolgungskampagne gegen den Nationalsozialismus, die gerade durch den Herrn Reichspräsidenten durch den Erlaß der letzten Notverordnung im Interesse des deutschen Volkes beendet werden sollte.“

Die Reichsleitung der NSDAP fordert die sofortige reichsrechtliche Aufhebung dieser neuerlichen durch Bayern und Baden erlassenen Uniformverbote.“

Pg. Joel Landtagspräsident von Oldenburg

Die Zusammensetzung des Präsidiums.

Oldenburg, 17. Juni. Der neue oldenburgische Landtag trat Donnerstag mittags um elf Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen, die von dem Abg. Forwerk als Alterspräsident eröffnet wurde. Nach Feststellung des Wahlergebnisses, das zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben hat, wurde die Wahl des Landtagspräsidiums

vorgenommen. Zum Landtagspräsidenten wurde der nationalsozialistische Abg. Joel mit 26 von 28 abgegebenen Stimmen gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde auf Vorschlag der Nationalsozialisten der Abg. Osterloh (NSDAP) gewählt, der von 28 Stimmen 26 erhielt. Zweiter Vizepräsident wurde mit gleichem Stimmverhältnis der nationalsozialistische Abg. Fehlen. Darauf vertagte sich der Landtag vorübergehend, um dem Ausschuss Gelegenheit zu geben, die weiteren Beratungspunkte der Tagesordnung vorzubereiten.

SPD verliert 33 Prozent in Mecklenburg

NSK Eine Gegenüberstellung der Landtagswahlen im Jahre 1929 mit den Zahlen von 1932 macht den schweren Einbruch in die marxistische Front nicht deutlich, da der Verlust von 2 Mandaten der SPD. nur durch die höhere Wahlbeteiligung so gering erscheint. Nachfolgende Aufstellung zeigt uns den Sieg der NSDAP. in vollem Umfang, die Verluste der SPD. in ihrer vernichtenden Schwere.

Die Gesamtzahl der Mandate betrug im Jahre 1929 60 Mandate 1932 44 Mandate Also war die Wahlbeteiligung um 33 Prozent größer wie im Jahre 1929.

Die einzelnen Mandatszahlen betragen:

	1929	1929 u. 33%	1932
NSDAP.	2	3	30
SPD.	11	15	5
SPD.	20	27	18
KPD.	3	4	4

Hiernach hat die NSDAP. einen positiven Zuwachs von 27 Mandaten, die SPD. einen Verlust von 9 Mandaten (27-18) unter der Berücksichtigung der Wahlbeteiligung gehabt. Die KPD. hat die Zahl ihrer Anhänger beibehalten.

Dieser Verlust wird auch dem Zentrum zu denken geben. „Wer vom Marxismus frißt, der stirbt daran.“

das ganze Reich und damit auch für Bayern aufgehoben ist. Soweit die allerdings reichlich unklare amtliche Erklärung der Bayer. Staatsregierung im Widerspruch mit der Verordnung des Reichspräsidenten gedacht sein sollte, ist sie daher unhaltbar und rechtswidrig. Denn es besteht kein Zweifel, daß die neue Verordnung des Reichspräsidenten eine einheitliche Regelung für das ganze Reich, also für alle Länder zum Ausdruck bringt. Die Reichsverordnung stellt grundsätzlich die Demonstrationsfreiheit, damit also auch die Aufzüge und Propagandasfahrten in vollem Umfange wieder her. Nur in Ausnahmefällen sollen Beschränkungen gestattet sein. Infolgedessen steht die amtliche bayer. Auffassung, als bliebe das totale Aufmarschverbot der bayer. Regierung davon unberührt, in krassem Widerspruch zum Willen der Reichsregierung.

Es wird nun, erklärt Stabschef Röhm weiter, Sache der Reichsregierung sein, ihren Standpunkt gegenüber derartigen Durchkreuzungsversuchen bayerischer oder anderer

Regierungsbehörden zur Geltung zu bringen.

Er hält es für ausgeschlossen, daß eine Reichsregierung sich die Verhinderung ihrer eigenen Absichten widerstandslos gefallen lassen könnte. Der unter solchen Umständen unvermeidbar gewordenen kommenden Auseinandersetzung sehen wir mit Ruhe entgegen.

Ueber die Reorganisation der SA und SS befragt, äußerte sich Stabschef Röhm dahin, daß der bisherige Organisationsaufbau in den Grundzügen übernommen wird. Die oberste SA-Führung wird in Anpassung an die geänderten Verhältnisse ausgebaut. Da damit zu rechnen ist, daß in der nächsten Zeit die Stärke der SA bedeutend durch Neuzugänge zunehmen wird, ist auch eine entsprechende Vermehrung der Formationen vorgesehen. Die bisherigen Anordnungen werden in der Hauptsache übernommen, die Dienstvorschrift wird demnächst in neuer Form erscheinen.

Neue Aussprache der Innenminister in Berlin

Berlin, 18. Juni. Der Reichsminister des Innern hat heute die Innenminister der Länder zu einer Besprechung über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf Mittwoch, den 22. Juni 1932 eingeladen.

„Arbeiter“-Regierung und „gemeines Volk“

NSK. Dessau, 15. Juni. Die nationalsozialistische Anhaltische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, den Park und das Jagdschloß Königsdorf.

die bislang von den bisherigen Staatsministern zu Privatziwecken benutzt worden sind, der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich zu machen.

Naganwendungen

Dessau, 18. Juni. In einer Sitzung des Anhaltischen Landtags erklärte Ministerpräsident Frenberg in Beantwortung einer förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten, daß das Staatsministerium beschlossen habe, der gesamten sozialdemokratischen Presse des Landes Anhalts wegen ihrer feindseligen Haltung gegenüber der Reichs- und Staatsregierung die Amtsblatt-Eigenschaft zu entziehen. Es kommen in Frage das „Volksblatt“ in Dessau, die „Volksmacht“ in Bernburg, der „Volkswille“ in Köthen und der „Volksfreund“ in Jerbst.

Genu wie bei uns!

Mit Waschküffeln, Handfächern und Krügen haben sich die drei Abgeordneten der NSDAP im Wiener Nationalrat in einer Ecke der Wandelhalle eingerichtet — nicht nur aus abertretendem Hygienebedürfnis. Man fühlte sich nicht verpflichtet, ihnen ein Beratungszimmer anzuweisen. Ihre originelle Selbsthilfe rief eine erbliche Mißbilligung des Präsidenten des Nationalrates hervor; indessen ließen die drei seine Ermahnungen völlig unbeachtet. Bis zur nächsten Wahl werden sich die zuständigen Stellen vielleicht besonnen haben, wenn erst aus drei Handfächern, Waschküffeln und Krügen dreißig oder fünfzig zu werden drohen.



In de Bad. Rom beim Geme 471 habe

gepfändet Schries

Ge Farren,

14jähriger herrliche wurden gepumpt, wo die sich nationaldemokratisch wären. S meinderals Siegwarth SPD-Wor

„Wir Ja, sie nießen un schon seit einmal mehr bracht wer walfet sein lang vom heim eines lich dürfte lampe zu sen, was d Herr SPD-Ma Er hat ja im Auge meinde un halt und s reits seit a aushalten mehr gepu Wie w einmal Un doch vor ei gelder Ob lung. All fehlt heute lenswerte Rufer, noo VIELLEICHT Geldes, di Befriedigu an, Herr auch Sie, ind, daß i Scheine ge sehr empfe mehr Ines G Es wän man in re als Prob

benäht.

Un

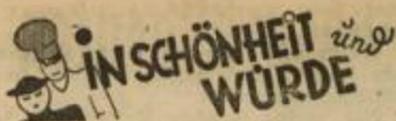
Wenkh brant). Jun, gesch Das Jahre Maier ver in Abwele Leib, daß Würzburg Hilfe schon Zuradrin das Kind.

Beim W Werthei bau der M tagmorgen Seite ein den Tod nes zur F nist Adam Mainz, w gung, wü der gerade siel, so sch nach kurze

Tod Es leb Jeder Ra neue

iten

Präsidenten
Abg. Joel mit
den gewählt.
de auf Vor-
Abg. Oster-
28 Stimmen
den wurde
ber national-
auf vertagte
am dem Aus-
weiteren Be-
ng vorzube-



Pfändungsanzeige.

In der Zwangsvollstreckungssache der Bad. Kommunal- und Landesbank Mannheim gegen die Gemeinde Schriesheim V. R. 471 habe ich heute die hier befindlichen

gepfändet und in Besitz genommen.

Schriesheim, den 14. Juni 1932

gez. Henk, Gerichtsvollzieher

Gepfändet wurden:

Farren, Ziegenböcke, Zuchsteeber, Schreibmaschinen usw.

Das ist der Erfolg

14jähriger schwarzer Politik. Ja es gab herrliche Zeiten. Bonzen und Bönzen wurden gezogen in Hülle und Fülle. Gepumpt, wo es möglich war. Häuser gebaut, die sich nach Aufstellungen maßgebender Sozialdemokraten prima rentieren sollten, wenn die Berechnungen nicht verkehrt gewesen wären. Hierbei sei des früheren SPD-Gemeinderats und prachtvollen Arbeiterführers Siegwirth gedacht, der einst die trefflichen SPD-Worte prägte:

„Wir diktieren und ihr bezahlt.“

Ja, sie waren Meister im Diktieren, Genießer und im Pumpen. Ausgepumpt ist schon seit geraumer Zeit. Nun kann nicht einmal mehr der Zins für den Pump ausgebracht werden, und der Gerichtsvollzieher waltet seines Amtes. Dies dürfte der Anfang vom Ende sein. Hoffentlich ist Schriesheim eines Tages nicht ohne Licht. Fürsorglich dürfte es sich empfehlen, die Petroleumlampe zu löschen, denn man kann nie wissen, was der nächste Tag bringt.

Herr Bürgermeister Rufer, ein guter SPD-Mann, hat es meisterhaft verstanden. Er hat ja immer das Wohl der Gemeinde im Auge gehabt, und heute ist es der Gemeinde unwohl. Bescheiden war sein Gehalt und zwar so bescheiden, daß er es bereits seit einiger Zeit ohne Gehalt glänzend aushalten kann, aber nur deshalb, weil nicht mehr gepumpt werden kann.

Wie wäre es, wenn man jetzt doch noch einmal Umschau halten würde? Es waren doch vor einigen Jahren 6-7000 RM. Lichtgelder Gegenstand einer Gerichtsverhandlung. Alles war unschuldig, aber das Geld fehlt heute noch. Es wäre eine sehr empfehlenswerte Aufgabe für Sie, Herr Genosse Rufer, nochmals nach dem Rechten zu sehen. Vielleicht finden Sie doch noch Reste dieses Geldes, die für die schlimmsten Gläubiger Befriedigung schaffen könnten. Wir nehmen an, Herr SPD-Bürgermeister Rufer, daß auch Sie, genau so wie wir, der Meinung sind, daß der Hund von damals nicht alle Scheine geknaut hat. Diese Aufgabe wäre sehr empfehlenswert und würde bestimmt mehr Anerkennung finden als

Hähnchen und Rieslingwein.

Es wäre auch empfehlenswerter, als daß man in reichlichem Maße den Bürgeraal als

Probierstation für Konkursweine benützt.

Prozent

der Landtags-
sien von 1932
die marxistische
von 2 Man-
here Wahlbe-
folgende Auf-
SPD, in ihrer
trag im Jahre
1932
Mandate
um 33 Prozent

erg

tragen:
33% 1932
3 30
15 5
27 16
4 4
inen positiven
SPD, einen
unter der Be-
gehabt. Die
erhalten.
in Zentrum zu
mus frist, der

bots

ng zu brin-
n, daß eine
berung ihrer
los gefallen
Umständen
kommen-
ir mit Ruhe

der SA und
bescherf Röh-
nifikationsauf-
ommen wird.
n Anpassung
ausgebaut.
der nächsten
ntend durch
auch eine
Formationen
Anordnungen
ommen, die
in neuer

isherigen
vatzweh-
r Deffenlich-
g zu machen.

Sigung des
Minister-
erte einer
malsozialisten,
hlossen habe,
n Presse des
feindlichen
und Staats-
schaft zu ent-
das „Volksh-
ht“ in Bern-
nen und der

is!

fächern und
Abgeordneten
nionalrat in
ingerichtet —
ngenebedürf-
lchkeit, ihnen
en. Ihre ori-
entliche Miß-
Nationalrates
i seine Er-
bis zur näch-
indigen Stel-
enn erst aus
n und Krü-
den droben.

Ein Wort zur Einkommenssteuerbegrenzung

Die Gehälter sind der Notlage des Volkes anzupassen!

Durch die Tagespresse ging die Meldung, daß die nationalsozialistische Fraktion im Stuttgarter Stadtrat die restlose Wegsteuerung aller Einkommen über 12 000 Mark beantragt habe. Richtig ist, daß die sozialdemokratische Fraktion im Haushaltsausschuß einen derartigen Antrag einbrachte, der mit den Stimmen der Nationalsozialisten und des Zentrums Annahme fand. Abgesehen davon, daß die von den Marxisten eingeführte Anstiege, in unzuständigen Stadtparlamenten sinnlose Agitationsanträge zu stellen, ruhig wieder aus den Gepflogenheiten unseres politischen Lebens verschwinden könnte, ohne eine besondere Lücke zu hinterlassen, läßt sich grundsätzlich zur Frage der Einkommensbeschränkung folgendes sagen:

Was die Gehälter der Beamten betrifft, so darf nicht übersehen werden, daß einem Akademiker, der unter den heutigen Ver-

zahlung zu bringen. Es wäre z. B. durchaus denkbar, daß durch Reichsgesetz für die Dauer der augenblicklichen Notlage das Ruhen aller Gehaltsansprüche der Beamten über RM. 12 000 ausgesprochen würde. Diese Lösung hätte den Vorzug, der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit Genüge zu leisten, ohne die unter normalen Verhältnissen durchaus gerechtfertigten Ansprüche der leitenden Beamten im Grundsatz zu verletzen.

Ganz anders liegen die Verhältnisse in der Privatwirtschaft. Während der Großteil der leitenden Privatangestellten (Prokuristen, Bankdirektoren usw.) längst Gehälter bezieht, die etwa denen der mittleren Staatsbeamten entsprechen, werden an eine dünne Schicht von Generaldirektoren und Aufsichtsräten Summen bezahlt, die weit in die Hunderttausende gehen. Bei diesen Herrschaften, deren Tätigkeit lediglich darin

auf eine bestimmte Summe festgesetzt wird, muß naturnotwendig verlagen, denn mit der Abwägung seiner Initiative und jeder Aussicht auf Einkommenssteigerung hat man ihm und damit seinem Betrieb und der gesamten Volkswirtschaft eine der wichtigsten Triebfedern genommen. Um auch in der freien Wirtschaft dem Grundfah der sozialen Gerechtigkeit Genüge zu leisten, wäre es durchaus denkbar, während der Dauer der allgemeinen Not jeden übertriebenen Aufwand ganz radikal zu besteuern. Der § 49 des Einkommensteuergesetzes gibt die Möglichkeit, genau zu definieren, was jeweils als Aufwand in diesem Sinne anzusprechen ist (Steuern vom Einkommen, vom Vermögen, vom Grundbesitz, Schulzinsen, dauernde Lasten, Aussteuern usw. fallen nicht darunter). Eine hundertprozentige Steuer auf jeden, RM. 15 000.— im Jahr übersteigenden Aufwand würde bedeuten, daß ein Steuerzahler, der 16 000 Mark im Jahr verbrauchen will, 1000 Mark Aufwandssteuer zu bezahlen hat, wollte er 20 000.— Mark. Auf diese Weise wäre es möglich auch den Aufwand der wenigen, die heute noch in der Lage sind, über derartige Summen frei zu verfügen, auf ein angelegentlich der furchtbaren Not erträgliches Maß zurückzuführen. S. S.

Nationalsozialistische Krafftfahrer!

Das Verbot der SA und SS traf auch uns, das nationalsozialistische Krafftfahrkorps und die Motorstärme und Staffeln der SA und SS. Es bekundete damit die treue Kameradschaft, die uns mit den übrigen Gliederungen verband. Wir sind darauf stolz.

Das Verbot lähmte die äußeren Formen. Stärker aber als diese blieben unsere Treue zu unserem Führer, unsere Kameradschaft und unser Tatensinn. Denn der Geist ist's, der den Weg zur Freiheit bahnt!

Aus unseren Blutstropfen und unserer von hingebungsvollem Einsatz zeugenden Vergangenheit, aus dem Echo der uns geltenden Verfolgungen und aus unserem Glauben an unsere überzeitliche Sendung sproß der Keim zu größerer Kraft und zu neuem Leben.

Was die vor der Abrechnung jitzenden Gegner zertrümmern wollten, ist heute verheißungsvoller denn je wieder erstanden!

Es gilt nunmehr, anknüpfend an unsere

stolze Geschichte, die nationalsozialistische Motorisierung zum Endkampf zu rüsten. Als der bewegliche Teil der braunen Front gehören wir in die vorderste Linie! Je größer unsere Aufgabe wird, umso einsahbereiter müssen unsere Männer und Maschinen sein. Nationalsozialistische Krafftfahrer!

Die Erkenntnis der Tragweite der kommenden Entscheidungen erfordert entsprechendes Handeln. Jeder von Euch sprechend zu uns. Darum: Herein in unsere Reihen!

Mit dem Sang unseres Motors und unserer Freiheitslieder ziehen wir in den Kampf, noch gestärkter und entschlossener als zuvor. Unser Ziel ist das dritte Reich, unser Lohn der endgültige Sieg.

Vorwärts zu neuen Taten!

München, 17. Juni 1932.

Hähnlein,
Chef des Krafftfahrwesens der SA und
Stellv. Korpsführer.

Verhältnissen ein Vermögen für seinen Beruf aufwenden mußte und jahrelang ohne Befoldung im Vorbereitungsdienst stand, um endlich mit etwa 30 Jahren einmal das erste Gehalt zu beziehen, bei entsprechend hoher Leistung und der großen Verantwortung einer leitenden Stellung auch ein angemessenes Gehalt zugewilligt werden muß. All diese Gesichtspunkte treffen zweifellos nicht für das seit der Revolution lediglich aus politischen Gründen hochgekommene Parteibuch-Beamtenum zu. Bei diesen Herrschaften ganz radikal abzuhauen, scheint eine selbstverständliche Notwendigkeit zu sein. Eine andere Frage ist es, ob es angesichts der ungeheuren Notlage von Millionen Volksgenossen aus sittlichen Gründen tragbar ist, Gehälter von mehr als RM. 12 000 im Jahre zur Aus-

besteht, auf das Risiko anderer Leute hin — nämlich der Aktionäre — die skandalösesten Geschäfte zu machen (Ise-Vergbah, Nordwolle, Vurdach und so weiter), kann mit Fug und Recht eine gesetzliche Gehaltserhöhung in Form eines Verbotes, höhere Gehälter zu nehmen oder zu zahlen, als an Staatsbeamte in ähnlicher Position gezahlt werden, eintreten. Daß hierbei die weniger sichere Stellung und die mangelnde Pensionsberechtigung berücksichtigt werden muß, ist selbstverständlich.

Ganz unsinnig erscheint hingegen jeder Versuch, das Einkommen selbständiger Gewerbetreibender, Landwirte usw. durch gesetzliche Maßnahmen herabzusetzen. Ein selbständiger Unternehmer, dessen Einkommen im Sinne des Stuttgarter SPD-Antrages

Echt „Grande Nation“ im Fall Daubmann

Endingen, a. R., 18. Juni. Die Rückkehr des Oskar Daubmann aus französischer Gefangenschaft hat in Wort und Bild nicht nur in Deutschland, sondern weit über dessen Grenzen Widerhall gefunden. Recht bezeichnend für das schlechte französische Gewissen in dieser Angelegenheit ist die Darstellung, welche die französische Zeitung „Eclair“ in ihrer Bilderbeilage den Lesern gibt. Das Blatt bringt das Bild des hiesigen Marktplatzes mit der großen Menschenansammlung bei der Begräbnisfeier zu Ehren Daubmanns und das Bild, das Daubmann im Kraftwagen zwischen seinen Eltern zeigt. Die darunter stehende Erklärung lautet in deutscher Uebersetzung: „Ein Kriegsgefangener kommt nach 16 Jahren in sein Heimatland zurück. Die Stadt Endingen am Kaiserstuhl in Festimmung. Groß war die Freude der alten Eltern des Oskar Daubmann, als dieser nach 16 Jahren wieder erschien, während sie ihn tot glaubten. Nachdem er in Rußland gefangen genommen wurde, kommt er erst jetzt nach Hause zurück, in seine Geburtsstadt Endingen. Hier ist der Marktplatz besetzt und die Menge juchzt ihm begeistert zu, während er die Stadt im Wagen passiert. Unten steht man ihm mit seiner Mutter und seinem Vater, einem alten Winzer.“

Erläuterung überflüssig.

Brandstiftung in 3 Berliner Schulen

Berlin, 18. Juni. Am Freitag abend ereigneten sich im Norden Berlins seltsame Schulbrände. In drei Fällen brach in Klassenzimmern verschiedener Schulgebäude Feuer aus. In zwei Fällen konnte Brandstiftung einwandfrei nachgewiesen werden. Polizei und Feuerwehr haben die Nachforschungen nach dem oder den Tätern eingeleitet, ohne jedoch bisher eine Spur finden zu können. In allen drei Fällen gelang es der Wehr, in verhältnismäßig kurzer Zeit Herr über die Flammen zu werden.

Suunglück in England 3 Tote, 12 Schwerverletzte

London, 18. Juni. Durch ein schweres Eisenbahnunglück bei Great Bridgeford in der Nähe von Stafford (Mittelengland) wurden drei Passagiere getötet und über ein Duzend schwer verletzt. Die Zahl der Leichtverletzten ist noch nicht festgestellt, ist aber sehr groß.

Der Zug bestand aus vier Wagen, von denen der vorderste mit der Lokomotive zusammenstieß und vollständig zersplitterte. Die übrigen Wagen waren ebenfalls schwer beschädigt. Die Trümmer verperrten den gesamten viergleisigen Bahnkörper. Unter den Schwerverletzten befindet sich der Lokomotivführer, während der Heizer nur leicht verletzt ist. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht bekannt, doch wurde von Sachverständigen die Ansicht geäußert, daß sich infolge der außerordentlich großen Hitze während des Tages die Schienen ausgedehnt hätten.

Unpolitische Heimat-Warte

Wenkheim, 18. Juni. (Lebendig verbrannt). Am vergangenen Freitag, den 17. Juni, geschah hier ein furchtliches Unlück. Das 8jährige Mädchen des Raschreibers Maier verbrannte sich beim Feueranmachen in Abwesenheit der Eltern so furchtbarlich am Leib, daß es sofort in das Krankenhaus nach Würzburg überführt werden mußte, wo die Hilfe schon zu spät kam. Kurz nach dem Zurückbringen in das Elternhaus verstarb das Kind.

Beim Brückenumbau tödlich verunglückt.

Werkheim, 18. Juni. Am Erweiterungsbau der Mainbrücke ereignete sich am Freitagmorgen gegen 8 Uhr auf der bayerischen Seite ein schwerer Unglücksfall, der leider den Tod eines fleißigen und braven Mannes zur Folge hatte. Der 28jährige Maschinist Adam Metz von Bischofsheim bei Mainz, welcher unter der Brücke hindurchging, wurde von einem Vertreibungsbalken, der gerade gelöst worden war und hinunterfiel, so schwer am Kopf verletzt, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. Am Freitag nach-

mittag stellte eine Gerichtskommission die näheren Einzelheiten fest.

Werkheim, 18. Juni. (Der badische Verkehrsverband besucht Werkheim). Am Samstag, den 25. Juni, findet in Eberbach die 26. ordentliche Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes statt. Dazu wird auch Werkheim seine Vertreter entsenden. Den Abschluß der Tagung bildet eine Rundfahrt mit Kraftwagen der Reichspost vom Neckar zum Main durch Odenwald und Frankenland. Bei dieser Gelegenheit kommt der Badische Verkehrsverband auch nach Werkheim. Die Rundfahrt gilt speziell dem nördlichen Baden. Die Fahrteilnehmer werden am Sonntag, den 26. Juni, gegen die Mittagsstunde hier eintreffen und zum Mittagessen den „Löwensteiner Hof“ aufsuchen. Anschließend ist Befestigung der Stadt.

Werkheim, 17. Juni. (Bürgerausschuss-Sitzung). Am kommenden Dienstag, den 21. Juni findet nach monatelanger Pause wieder einmal eine Bürgerausschusssitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen 10 Punkte. Wir werden über den Verlauf der Sitzung berichten.

Werkheim, 16. Juni. (Vereinfachung bei der Reichsbahn). Die an der Strecke Lohr-Werkheim gelegene Agentur Rodenbach wird ab 1. Juli in einen unbefestigten Haltepunkt für den Personenverkehr mit Lade-

stelle für Frachtgut in Wagenladungen und beschränktem Stückgutverkehr umgewandelt.

Auszahlungssperre für die Bezüge der Bürgermeister und Gemeindebeamten.

Zweibrücken, 17. Juni. Einen scharfen Beschluß hat die Mehrheit des Gemeinderats Niederauerbach gefaßt. Es war schon wiederholt vorgekommen, daß die Ausgezählten auf die Auszahlung ihrer Unterstützung noch warten mußten, da die Gelder noch nicht eingegangen waren. Der neue Beschluß geht nun dahin, daß die Bürgermeister und Gemeindebeamten auf die Auszahlung ihrer Bezüge so lange warten müssen, bis auch die Unterstützungen ausbezahlt werden können. Die Gemeinderatsmehrheit ist anscheinend überzeugt, daß es sehr klappert!

Märkte.

Marktbericht der Großmarkthalle Heim. Rirschen 14-22, Erdbeeren 23-33, Reis-erbsen 12-16. Anfuhr sehr gut. Nachfrage sehr gut. Nächste Versteigerung Montag 10.30 Uhr und 17 Uhr.

Die Wettervorhersage

Montag: Im allgemeinen klar und sonnig, teilweise aufkommende Wolken. Leichtes Gewitterneigung.
Dienstag: Weiteres Anhalten des bestehenden Witterungscharakters.

Badischer Landtag:

Die Volksvertreter gehen in Ferien

36. Sitzung.

Mittwoch, den 15. Juni, 3.30 Uhr.

Das Besuch des Verbandes badischer Gemeinden, das wünscht,

die Zuständigkeit der Gemeindegerichte auch auf die Streitigkeiten zwischen Gemeinde und Gemeindebürgern auszuweiten, wurde der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Es folgte der nationalsozialistische Antrag auf

Erlassung eines Schächtverbotes der von Pg. Freiherr v. Marshall begründet wurde.

Für den nationalsozialistischen Antrag auf Schächtverbot stimmten nur Nationalsozialisten und Deutschnationale.

Im Anschluß wurde die Mitteilung des Staatsministeriums vom 14. 3. 32 über die Höhe der Rechnung des Rechnungshofes für 1930 einstimmig zur Kenntnis genommen.

Der nächste Gegenstand betraf das Besuch des Haus- und Grundbesitzervereins Pforzheim, auf Befreiung von den Landwirtschaftskammerbeiträgen für Baupläze.

Das Besuch wird der Regierung empfohlen und überwiesen. Ein Besuch des Bundes deutscher Architekten wurde gegen Nationalsozialisten und Deutschnationale abgelehnt.

Das Finanzgesetz

Nachdem die Verabschiedung der Einzelrats in der vergangenen Woche abgeschlossen war, kam man heute zur Verabschiedung des Finanzgesetzes.

Es wird ein Fehlbetrag von 6922 000 RM. ausgewiesen, der durch Ersparnisse im Laufe des Haushaltsjahres gedeckt werden soll.

Die Staatsschuldenerverwaltung soll ferner ermächtigt werden, im Bedarfsfalle Anleihen aufzunehmen, die 20 Millionen Goldmark nicht

überschreiten dürfen. Sie soll ferner ermächtigt werden, Staatsanleihen zwecks Kurstilgung aufzukaufen.

An Steuern sollen festgesetzt werden:

Vom Grundvermögen:	192 %
bei nicht mehr als 20 000 RM. Gesamtvermögen des steuerbaren Grundvermögens	216 %
bei mehr als 20 000 RM.	253 %
Vom Betriebsvermögen	138 %
Vom Gewerbeertrag	138 %

Die ledigen, außerplanmäßigen Beamten sollen vom 1. Oktober 1931 an wieder 30 Prozent ihres früheren Wohnungsgeldzuschusses erhalten. Wohnungsbauamt für Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung sollen künftig auch außerhalb Badens verwendet werden können. Es handelt sich hauptsächlich um Darlehen für badische Siedler in Mecklenburg.

Die bisherige Staatsdotierung der Kreise soll von bisher 1 Million auf nur 600 000 RM. vermindert werden.

Ueberweisungen des Reichs aus Anlaß der Einführung der landw. Einheitssteuer, die in Höhe von 643 000 RM. zu erwarten sind, sollen mit 65 Prozent auf das Land, mit 35 Prozent auf den Gemeindeausgleichsstock verteilt werden.

Artikel 10 bestimmt, daß Verrechnungen der Landeshauptkasse mit den Gemeindefinanzen künftig nach Entscheidung des Finanzministers geregelt werden sollen.

Sämtliche Zulagen der badischen Beamten sollen bis auf weiteres erstmalig zum 1. 7. 1932 um 25 Prozent gekürzt werden.

Die Aussprache über das Finanzgesetz eröffnete Abg. Dr. Kaufmann (Z.). Dann gestieg sich Abg. Ledebauer (SPD.) in Kräftsprüchen.

Pg. Köhler

erklärte, die Nationalsozialisten lehnen das Finanzgesetz genau so wie die Einzelrats ab, besonders nehmen wir gegen den Artikel 10 Stellung, da er eine neue Entschreibung der Gemeinden bedeutet.

Abg. Bauer (Dn.) gab den ablehnenden Standpunkt seiner Fraktion bekannt. Die Abg. Reumann (Staatsp.), Dr. Waldeck (Vp.), Räder (SPD.) beschloßen die Rednerreihe.

Finanzminister Dr. Mattes gab bekannt, daß der Etat manche Gefahrenpunkte enthalte, weil die Reichssteuerüberweisungen bereits eine

rückläufige Tendenz zeigen. Er halte es für seine Pflicht, das offen zu erklären.

In der Abstimmung wurde das Finanzgesetz gegen Nationalsozialisten, Deutschnationale und SPD. genehmigt.

Der nächste Gegenstand war eine förmliche Anfrage des Zentrums wegen

der Entlassung von Eisenbahnarbeitern, die von dem Abg. Seubert begründet wurde.

Die Regierungsantwort lautet, die Reichsbahndirektion Karlsruhe habe mitgeteilt, daß am 1. Juni 300 Arbeiter abgebaut worden sind. Damit habe das Finanzministerium keine Möglichkeit mehr, irgendwelche Schritte dagegen zu unternehmen.

Friedrichsfelder Schauer märchen

Vergangene Woche referierte hier im Schwarzküsterheim ein irgend woher gekommener Vater über den zu führenden Kampf gegen die Gottlosenbewegung. An und für sich ein dankbares, zeitgemäßes, aber etwas verspätetes Unternehmen, das unsere volle Unterstützung findet. Ganz in unserem Sinne, denn auch wir führen mit den schärfsten Kampf gegen die unter dem schwarzen System grassierende Pest. Die ganze Angelegenheit wäre soweit nett und schön, aber leider hat sie wieder einen Haken. Es scheint ohne einen uns zugehenden, unchristlichen und gehässigen Seitenhieb wirklich nicht zu gehen; man ist das von diesen Wahrheitsaposteln nachgerade schon gewöhnt.

Folgendes Märlein wird diesen schwarzen, sanftmütigen und geduldigen Zuhörern aufgetischt. Unser oberster Führer Adolf Hitler soll in Nürnberg bei einer dort gehaltenen Rede folgende Aeußerung getan haben:

„Alle zurückgebliebenen und kranken Kinder sollen getötet werden“.

Das geht denn doch über die Fufschnur; wir betrachten das als eine böswillige, blöde Verleumdung.

Wir bitten, alsbald den Wahrheitsbeweis für diese Aussage antreten zu wollen; aber darauf können wir wohl lange warten!

Uns ist alles klar, nichts als unrelle Wahlagitator mit unläuterer Mitteln. Was hat übrigens obige uns nicht betreffende Aeußerung mit Gottlosenbekämpfung zu tun?

Dieser Prediger in der Wüste hat doch ganz bestimmt schon von Nationalsozialismus gehört und weiß doch sicher ganz genau, daß derselbe ganz auf dem Boden des positiven Christentums steht. Wenn nicht, dann empfehlen wir ihm die Broschüre von Pfr. Senn zu studieren. Aber geheuchelt muß sein. Man muß staunen, daß man seinen Zuhörern im heutigen Zeitalter noch solche Bären aufbinden kann. Es gibt leider immer noch schwarze Lanten genug, die mit wollüstigen Heßhunger solche verleumdende Lederbissen hinunterwürgen. Selig sind, die geistig arm sind, — — —

Und diese armen, verbehten Menschen werden dann auf die nichtsahnende Menschheit losgelassen.

Es dauert nicht mehr lange, dann wird auch diesen schwarzen Seelenergrüßern das unsaubere, unchristliche Handwerk gelegt werden

Deutschland erwache!

Sturm vorbereitungen im Bezirk Mannheim

In einer Amtswahlertagung des Bezirks Mannheim der NSDAP in Hohenheim am Sonntag, wurden die letzten Vorbereitungen zum Reichstagswahlkampf getroffen. Bezirksleiter Pg. Wehler legte in einem eingehenden Referat die Richtlinien für den Wahlkampf fest und streifte dabei auch kurz die politische Lage, wobei er betonte, daß sich unser Kampf nicht gegen das Liquidationskabinett Papen, sondern gegen die in der Verfenkung verschwindenden Männer des Systems richten müsse, die aus Deutschland einen Trümmerhaufen gemacht haben.

Nach Pg. Bezirksleiter Wehler sprach dann die Leiterin der NS-Frauensschaft Mannheim, Frau Dr. Roth, über die Frauenschaft im Wahlkampf. Ihrem Referat folgte ein solches von Pg. Dr. Greulich über NSD. Hierauf erläuterte Bezirkspropagandaleiter Pflaumer den organisatorischen Aufbau der Propaganda für den Wahlkampf.

Mit einer fruchtbaren Aussprache fand die Tagung ihren Abschluß. Der Bezirk Mannheim ist bereit zum Sturm auf die Bollwerke der politischen Gegner, die er mit einer noch nie dagewesenen Versammlungswelle überrennen wird.

Rundfunk-Programm für Montag, den 20. Juni.

Heilsberg: 16 Kinderfunk, 16.30 Konzert, 17.30 Student auf der Waise, 17.55 Zeitschriften-schau, 18.25 Danyg, 18.50 Gedanktage, 19 Auerbach liest, 19.30 Duette, 20 Deutsche Käste.

Königsweiserhausen: 16 Pädagogischer Funk, 16.30 Konzert, 17.30 Evangelische Theologie, 18 Durch Zeitschriften, 18.30 Spanisch, 19 Aktuelles, 19.20 Stunde des Landwirts, 19.35 Das menschliche Leben, 20 Deutsche Käste, 22.30 Tanz.

Mühlacker: 16 Ungarische Volkskunst, 16.30 Bismarckstunde, 17 Konzert, 18.25 Erscheinung des Menschen, 18.50 Englisch, 19.30 Aus deutschen Opern, 20.40 Der saturnische Liebhaber, 21.50 Des Knaben Wunderhorn, 22.40 Schach, 23.15 Nachtmusik.

München: 16.05 Konzert, 16.35 Traumschicht, 17 Konzert, 18.25 Soziale Probleme, 18.45 Revue, 19.05 Auswanderer, 19.25 Urlaub, 19.45 Konzert, 20.50 Wägenregie und Funkregie, 21.10 Von ewiger Liebe, 21.45 Schallplatten, 22.45 Nachtmusik.

Massenversammlung als Erfolg einer SPD-Provokation in Schwellingen

Die „Sterbende Partei Deutschlands“ (SPD.) ließ in großer Anzeile in der „Schwellingener Zeitung“ die Bevölkerung wissen, daß wir Nationalsozialisten eine große Schlägerei anlässlich unserer Rathmann-Versammlung planen würden.

Ein vollbesetzter Schwannensaal, der lange vor Beginn gesperrt werden mußte, war der Erfolg. Die unerschämte und dreiste Lüge der SPD.-Bongjen wurde bei Beginn der Versammlung vom Versammlungs- und Ortsgruppenleiter Pg. Stober mit gebührender Deutlichkeit an den Pranger gestellt. Auch der Führer der zahlreich erschienenen Kommunisten, Herr Schäfer, verwahrte sich gegen diese Unterstellung.

Pg. Rathmann schilderte den erstaunt aufhorchenden Zuhörern die heutigen Zustände in Rußland. Er konnte klipp und klar den Beweis erbringen, daß das schaffende Volk in Rußland unter der heutigen Räuberherrschaft in der schlimmsten Weise ausgebeutet wird. Pg. Rathmann hat dies am eigenen Körper zu spüren bekommen, denn er kam, von der kommunistischen Wahnidee vollständig geblödt, Anfang dieses Jahres wieder von Rußland zurück, nachdem er schon drüben in Rußland seinen Austritt aus der SPD. erklärt hatte.

Der von den anwesenden Kommunisten ins Feld geschickte Diskussionsredner konnte den Eindruck, den die Ausführungen ihres früheren Genossen, unseres heutigen Pg. Rathmann, auf die Versammlung gemacht hatten, nicht vermissen. Die Behauptung des Kommunisten Kublen, daß in Rußland Kirchen nur wegen „Verkehrshindernis“ niedergelegt wurden, hatte laute Nachschall auch seitens der Kommunisten, zur Folge. — Erfreulich war, daß die anwesenden SPD.-Führer ihre Leute in der Hand hatten, sodas es, auch dank der energischen Versammlungsleitung, zu keinerlei Zusammenstößen kam. Die SPD. weiß wohl sehr genau, daß eine Versammlungssprengung bei den heutigen Stärkeverhältnissen unmöglich ist. Auf jeden Fall können wir feststellen, daß diese Versammlung ein glänzender propagandistischer Erfolg für unsere Bewegung war, und wir wissen heute schon, daß wir eine Brezche in die Reihen der Marxisen geschlagen haben. Dank schulden wir auch den „Lügen“ Bongjen von der SPD. für die gezielte Versammlungspropaganda. Wie groß muß doch die Angst dieser sog. Genossen vor ihrer Niederlage sein, wenn man schon zu solch unsauberen Mitteln greift. Erfreulich war, daß sich die Kommunisten zur Auseinandersetzung über das russische Problem, stellen. Ihr schwächlicher Versuch am Ende der Versammlung die Internationale anzustimmen, wurde sofort mit dem Horst Wessel-Lied unterdrückt. Wir haben nun endlich genug mit dem volkszerstehenden Klassenkampf des Marxismus an dessen Stelle muß die Volksbewegung Adolf Hitlers, der Nationalsozialismus, treten.

Parteigenossen! Deutsche Volksgenossen!

Als im November 1918 die „Volksbeauftragten“ ohne Auftrag dem deutschen Volke einen Staat versprochen, der dem „erträumten“ von Schönheit und Würde nahekommen sollte, begann die

Sterbestunde der deutschen Nation!

Mehr als 13 Jahre sind seither vergangen. Das deutsche Volk mußte unter den Regierungskünsten von Parlamentariern, die den Spruch „Freie Bahn dem Tüchtigen“ auf ihre Weise zu deuten wußten, einen Weg der Auszehrung, des Hungers und des Elends gehen. Immer stand den Drahtziehern eine hörige und verjudete Presse zur Verfügung, bereit, dem Volke die Regierungsmethoden recht schmachhaft zu verschleiern. Unzählige Male wurde das Volk von den Pressejuden und Judenhnechten belogen und betrogen und immer wenn die NS.-Presse auf die verwerflichen Methoden der Volksverdummung hinwies, dann waren es wir, die gelogen haben sollen. Dabei ist bis heute, fast auf die Stunde genau, immer eingetroffen, was wir dem System prophezeit hatten.

Nun geht es um die Entscheidung!

Die ganze Presseelemente des Liberalismus, Marxismus und Zentrums hat sich in den letzten Tagen an Verdächtigungen, Verleumdungen, Lügen und Lügenparolen nicht genug tun können. Wir sollen plötzlich an allem Elend schuld sein, sollen daran schuld sein, wenn die letzten Zuwendungen eines sterbenden Systems einer Bankrotterklärung gleichkommen. Schwülstig, voller Verdrehungen und verdähter Lügen sind die Aufrufe, mit denen erneut das Volk zum Weiterbezug der verlogenen Gajekten aufgefordert wird.

Denkt an ihre Versprechungen!

Laßt Euch nicht hohnern und gebt ihnen eindeutig die verdiente Antwort. Wir Nationalsozialisten sind nicht schuld, wenn das deutsche Volk einen Weg grausigsten Elends gehen mußte. Unsere Presse ist nicht schuld, wenn ihr belogen worden seid. Wir haben dem deutschen Volk in all den Jahren unseres Kampfes die Wahrheit gesagt, schonungslos und unerbittlich. Adolf Hitlers Kampf ging immer um

Das Erwachen Deutschlands

um Freiheit und Brot. Die Reichstagswahl am 31. Juli wird ein neuer Meilenstein in der Geschichte dieses Kampfes sein. Mit der Nationalsozialisten muß auch unsere Presse die Macht als Sprachrohr unseres Willens besitzen.

Der größten Bewegung die stärkste Presse!

Das ist die Parole: Werden! Drauf auf die Generalanzeigerpresse. Haut die Lügengajekten aus dem Felde. Noch drücken sie sich ihrer Stärke. Kein Nationalsozialist darf es verkümmern, für seine Presse zu werden. Die Presse ist stets und immer das Rückgrat jeder Macht. Stärkt das Rückgrat unserer mächtigen Bewegung indem ihr Euch restlos als Propagandisten der Tat erweist.

„Hakenkreuzbanner“ und „Volksgemeinschaft“

müssen wie unsere anderen NS.-Zeitungen in dem kommenden Wahlkampf der Freiheit eine Gasse bahnen helfen. Zeigt, daß es bei uns kein Veragen gibt, zeigt, daß ihr mit unerbittlicher Konsequenz jeden als Eueren Feind betrachtet, der heute noch, im Ausgang der Schicksalswende, der Presse von der andern Seite den Vorzug gibt.

Drauf und dran!

An de

Uns le wenn er würde, da bief mit

In Ve schen Land keine Größ wöhnensw Landtagsal von denen ordnete de Mit dieser figen.

Die St wurde, w nach 4 1/2 befördert z vom Semil waren. In förderung ren vorger bel Fräule nen Zeit b

Dieses Schweste, Effe Wehn Minister f nach Heide „herzliche“ Fälle beka gereren und tigen Antr wurde uns Lehrerinne maffen. I Wehner el

se wohnte delberg na es kommt Baumaatr als Folge nach Heide das Objekt wissen, wa unständige ben konnte

Anbetrach nannten Co namhe mac Und nu Dr. Baum

Es dür

Wir ha unter dem a. D. Ver Adam Rem den auf a dienste ein von der „ Scheidende der verfloß stadt Hamb der Konfuz standsmittgl

Unsere sumvereiner gen diese fen Betrieb erwiesen ha Bongjenerfe arbeitenden

In ihre 14. ds. Mit mit dieser dabel folger

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem

Wirtscha winnfrek deckung bene Log offenbar — die K die einj

Aus

Wir ha unter dem a. D. Ver Adam Rem den auf a dienste ein von der „ Scheidende der verfloß stadt Hamb der Konfuz standsmittgl

Unsere sumvereiner gen diese fen Betrieb erwiesen ha Bongjenerfe arbeitenden

In ihre 14. ds. Mit mit dieser dabel folger

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem

Wirtscha winnfrek deckung bene Log offenbar — die K die einj

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem

Wirtscha winnfrek deckung bene Log offenbar — die K die einj

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem

Wirtscha winnfrek deckung bene Log offenbar — die K die einj

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem

Wirtscha winnfrek deckung bene Log offenbar — die K die einj

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem

Wirtscha winnfrek deckung bene Log offenbar — die K die einj

richtung tiomittel und Arb mus gef die in i schwungs beiter al beutung und der Einrichtu halferlich legenstrei der Inffe bare, vor Organen deutet dr eine Heo- ren Kam Gem



An den Kultusminister Dr. Baumgartner

Uns kommt ein Fall zur Kenntnis, der, wenn er der Wahrheit entspricht, beweisen würde, daß auch in Ihrem Verwaltungsgebiet mit zweierlei Maß gemessen wird.

In Baden gibt es einen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Wehner, an sich keine Größe und auch persönlich kaum erwähnenswert. Dieser sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wehner hat 2 Töchter, von denen die eine in Mannheim Stadtverordnete der SPD und Hauptlehrerin ist. Mit dieser wollen wir uns zunächst beschäftigen.

Die Stadtverordnete Fräulein Wehner wurde, wie uns mitgeteilt wird, 1926 schon nach 4 1/2 Jahren Hauptlehrerin und damit befördert zu einer Zeit, wo ihre Kolleginnen vom Seminar noch nicht einmal angestellt waren. Im allgemeinen wird doch eine Beförderung nur nach einer Anzahl von Jahren vorgenommen, die ein Mehrfaches der bei Fräulein Wehner maßgebend gewordenen Zeit betragen.

Dieses Fräulein Wehner hat noch eine Schwester, die unständliche Lehrerin ist. Diese, Else Wehner, wurde auf Antrag (bitte, Herr Minister Dr. Baumgartner: Auf Antrag) nach Heidelberg versetzt, weil sie dort hin „berzliche“ Beziehungen hatte. Uns sind Fälle bekannt, wo man wegen weit wichtigeren und dringenderen Umständen derartigen Anträgen nicht stattgegeben hat. Auch wurde uns gesagt, daß unständliche Lehrer und Lehrerinnen an ihrem Dienstort wohnen müssen. Dies erscheint für Fräulein Else Wehner ebenfalls nicht zuzutreffen, denn sie wohnte nach ihrer Versetzung nach Heidelberg noch wie vor in Mannheim. Aber es kommt noch schöner, Herr Minister Dr. Baumgartner. Das Fräulein Wehner hat als Folge ihrer „berzlichen“ Beziehungen nach Heidelberg dort geheiratet und zwar das Objekt ihrer Beziehungen. Sowie wir wissen, was es bisher üblich, daß verheiratete unständliche Lehrerinnen nicht im Dienst bleiben konnten. Es scheint aber, daß man in Anbetracht dessen, daß der Vater der Genannten Landtagsabgeordneter ist, eine Ausnahme machen mußte.

Und nun noch ein drittes, Herr Minister Dr. Baumgartner. Es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein,

Marristische Lügenkrämpfe über die NSBO

Die Angst vor der bevorstehenden Abrechnung feuert noch einmal alle Kräfte des Marxismus zu größter Tätigkeit an und eine Lügenflut schlimmsten Ausmaßes ergießt sich über unsere Bewegung und ihre Organisationen, so auch über die NSBO. Schon vor ein paar Tagen wurde hier zu einem Artikel in der „Neuen Badischen Landeszeitung“ Stellung genommen. Dieselben Lügen sind auch in einem Aufsatz der Zeitung „Einigkeit“ des marxistischen Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter enthalten, betitelt „Die Pläne der Faschisten“ in der Form des Abdruckes angeblicher Richtlinien zur Durchführung des Kampfes der NSBO gegen den Betriebsmarxismus. Er beginnt mit dem Eingeständnis, daß die NSBO die schärfste Waffe gegen den Marxismus darstellt, die wir besitzen. Davon hat die SPD bei den letzten Landtagswahlen einen für sie überaus schmerzlichen Anschauungsunterricht erhalten; denn sie mußte erkennen, daß wir eine starke Brezche in ihre Front geschlagen haben, was ohne die NSBO nicht in dem

Maße möglich gewesen wäre. Um ihre Leute bei der Stange zu halten, wärmen die Bonzen die alten Lügen wieder auf, die sie gewöhnlich gegen die NSBO ins Feld führen. Sie können heute selbst keine Lohnkämpfe mehr durchführen, weil sie eine verantwortliche Staatspolitik getrieben haben. Dafür wagen sie es, den Nahrungsmittelarbeitern vorzulügen, daß wir Streikbrecher und Unternehmersöldlinge seien. Schaut nur nach Berlin! so rufen wir diesen zu, dort wird gerade von der NSBO ein Streik der Wurstarbeiter in Szene gesetzt, um den neuesten Raubfeldzug der Unternehmer gegen die Arbeitslöhne unschädlich zu machen. Hat die NSBO nicht auch in unserer nächsten Umgebung genug Beispiele geliefert, daß sie sich für die Rechte der Arbeiter einsetzt, wenn es die Gewerkschaften nicht wagen und schamlos versagen? Denkt an den Streik bei der „Badenia“ in Weinheim, an das Vorgehen der NSBO zugunsten der badischen Textilarbeiter und den Streik der Bauarbeiter an der Staustufe von R o c k e n a u. Die Stellungnahme

der NSBO zu diesem Streik führt eine für den Unternehmer sehr deutliche Sprache. Daß wir dieser Erklärung den Streik folgen ließen, zeigt, daß wir nicht unnütze Worte führen, sondern nach unseren Worten handeln und für die Rechte des Arbeiters kämpfen. Die infamen Verleumder aber werden dadurch Lügen gestraft.

Vom Geiste kindlicher Einfalt beseelt, muten die Ausführungen über unsere Verbeaktion im Jahre 1932 an. Wenn wir es wirklich so dumm anstellen wollten, wie diese Bonzen schreiben, nämlich allein durch Veranstalten von Betriebsversammlungen, die Betriebe zu stürmen, hätten wir nie in den Betrieben Eingang gefunden. Unsere Waffe im Kampf ist die Werbung von Mund zu Mund. Sie führt uns von Erfolg zu Erfolg; denn die Anhänger der Bonzen sind durch den Verrat ihrer Führer wankelmütig geworden und wenden sich in Scharen der Bewegung Adolf Hitlers zu. Das wissen auch die Bonzen ganz genau. Aus Angst vor der Abrechnung kommen sie auf die dümmsten Einfälle. So ist es unrichtig, daß wir besondere Erwerbslosenzellen bilden. Richtig ist vielmehr, daß wir in der Erwerbslosigkeit einen anormalen Zustand erblicken und infolgedessen die Bildung von Erwerbslosenzellen ablehnen. Das erwerbslose NSBO-Mitglied ist damit für uns nicht ein Mitglied minderen Ranges, sondern besitzt genau dieselben Rechte, wie jedes erwerbstätige Mitglied.

Geradem haarsträubend sind die Lügen über die Raubhaftmachung der marxistischen Funktionäre mit Photos an einen angeblichen Sonderdienst in München; man merkt daraus die schlotternde Angst vor der Abrechnung. Wir haben es gar nicht nötig, besondere Listen über die Bonzen zu führen. Jeder davon ist der Arbeiterschaft genügend bekannt, und diese wird schon wissen, wie sie die Bonzen zur Verantwortung zu ziehen hat. Dabei brauchen unseres Erachtens durchaus keine Köpfe zu rollen. Wir werden aber dahin wirken, weil es uns das Gerechtigkeitsgefühl gebietet, daß die Bonzen nie mehr auf ihre Posten zurückkehren. Die Vorkämpfer der NSBO werden dafür dem deutschen Arbeiter die ihm von den Bonzen geraubten Menschenrechte wiederbringen: **Freiheit und Brot!**

E. O.

Ist das noch gesunder Menschenverstand?

Dieser Tage brachten die Zeitungen wiederum eine Notiz des Inhalts, daß in Brasilien erneut der Kaffee tonnenweise ins Meer versenkt und somit vernichtet wurde, damit der Handelspreis wegen der Uebersättigung des Vorrats nicht zu sinken brauche.

So oft man solche wirtschaftliche Verwahrheiten liest, muß man sich fragen, ob wir im 20. Jahrhundert des Christentums, oder in einem Narrenzeitalter leben.

Vor uns liegt der Handelszeitung einer Heidelberger Zeitung aus dem Monat April. In diesem Handelsbericht kommen folgende Sätze vor:

„Heilung durch Mitternachts! Nur eine Mischung von Mitternachts wäre inslande, Schluß mit dem Preisverfall (von Weizen) zu machen. Hohe Lagerverräte Schweden als Drohgespenst. Auch am Zuckermarkt könnte nur eine Mitternachts das ersehnte Hell bringen.“

Beim Lesen solcher Sätze erinnert man sich an ein Spottgedicht, das unter der Ueberschrift „Kapitalistengebet“ in einer deutsch-amerikanischen Zeitung erschien. Es lautete:

Herrgott, vor dem wir zitternd stehen,
Erhöre unser brünstig Flehen:
Wir sind in bitterster Not —
Ja groß ist jetzt das Angebot!
Wir bitten, Herr, dich allerwegen
Halt ein mit dem Getreidelegen!
Ach sei doch gnädig unserm Winken
Sieh, die Getreidepreise sinken!
Send unsern Speichern allzumal
Doch die und da 'nen Hihesstrahl!
Hör' unsern flehenden Erguß
Und ende diesen Ueberfluß!
Wollst dich gewogen zu uns neigen,
Damit doch unsere Aktien steigen!“ usw.

Zu ernst und trostlos ist eigentlich dieses Thema um darüber Scherze zu machen. Wer gerade hier kann man einmal den Unterschied sehen, zwischen wirklichem und Scheinchristentum. Da sterben allerorten, von Deutschland bis China, Millionen Menschen vor Hunger, laufende bringen sich, von wirtschaftlicher Not er-

Hinein in die SA und SS

drückt, ums Leben, indessen man in Brasilien den Kaffee versenkt und in Amerika die Lokomotiven mit Weizen heizt. Wir sehen gerade aus diesen Tatsachen, wie recht Feder in seiner letzten Heidelberger Versammlung hatte, wenn er forderte, daß der Getreidehandel verstaatlicht werden muß! Damit wird das Mehl, das Brot — die Grundlagen der Lebenshaltung — billiger, da es dem Juden dann nicht mehr möglich ist, durch schmutzige Börsengeschäfte seinen Reichtum zu machen, und dem deutschen Arbeiter den Brothort höher zu hängen.

daß die Aufstellung des Stundenplanes in den Schulen jeweils ihre Schwierigkeiten hat und daß es davor jedem Rektor und jedem Schuldorstand ein klein wenig bange ist. Und nun soll es in Mannheim vorgekommen sein, daß das Rabbinat (ausgerechnet!) wegen zweier jüdischer Schüler gegen die Festsetzung des Stundenplanes Einspruch erhoben hat, weil es auf dem Standpunkt stand, daß der Religionsunterricht für die zwei jüdischen Schüler am Vormittag stattfinden müßte. Dem Einspruch wurde vom Stadtschulamt stattgegeben und der arme Schuldorstand mußte nochmals seinen ganzen Stundenplan umarbeiten, einen Stundenplan, der für 1000 christliche Schüler und für zwei jüdische Schüler gemacht wurde.

Sollten die geschilderten Fälle zutreffen, so wundern wir uns über gar nichts mehr und wir freuen uns, erneut feststellen zu können, daß Sie die Animosität gegenüber parteipolitisch anders eingestellten Lehrern nicht so weit treiben, daß Sie nicht auch ein rotes Parteibuch gelten lassen. Wie das schwarze Parteibuch im Uebermaß diese Verächtlichmachung findet, ging erst in den letzten Tagen aus einer Verlautbarung des evangelischen Oberkirchenrates hervor.

Wir richten an Sie die freundlichen Anfragen:

Wie kommt es, daß die Stadtverordnete, Fräulein Wehner schon nach 4 1/2 Jahren Hauptlehrerin geworden ist? War dabei das Parteibuch ausschlaggebend?

Wie kommt es, daß die unständliche Lehrerin, Else Wehner, auf Antrag nach Heidelberg versetzt wurde, ohne gleichzeitig die Verpflichtung zu haben, dort zu wohnen? Wie kommt es, daß diese selbe Else Wehner nach ihrer Heirat noch weiter im Dienst bleiben darf?

Würden Sie, Herr Minister Dr. Baumgartner, bei der nach der Verfassung garantierten Ausübung der Religionsfreiheit auch auf Verlangen von 2 buddhistischen Schülern einen Stundenplan umarbeiten lassen?

Wir sind leicht der Meinung, daß die Beantwortung der an Sie gerichteten Fragen nicht schwer fallen dürfte, erwarten aber gleichzeitig, daß Ihnen die Beantwortung der Fragen nicht soviel Kopfschmerzen macht und Sie hierzu mehr Zeit brauchen, wie zu der Erledigung des Versetzungsantrages der Lehrerin Else Wehner. Djejal.

Aus dem zukünftigen Tätigkeitsgebiet einer scheidenden Systemgröße

Wir haben in den letzten Tagen dem unter dem Wandertrieb leidenden Minister a. D. Verlagsleiter a. D. Dr. med. h. c. Adam Kemmele in Anbetracht seiner in Baden auf allen Gebieten erworbenen Verdienste einige Abschiedszeilen gewidmet. Wie von der „Volksstimme“, dem Organ des Scheidenden, bekannt gegeben wurde, zieht der verlassene Minister a. D. in die Hansestadt Hamburg, um dort dem Bonzenladen der Konsumvereinsgenossenschaft als Vorstandsmitglied anzugehören.

Unsere Einstellung gegenüber den Konsumvereinen ist bekannt. Wir kämpfen gegen diese vorwiegend marxistisch beeinflussten Betriebe, weil es sich im Laufe der Zeit erwiesen hat, daß sie nichts anderes sind, als Bonzenverforgungsstellen auf Kosten des arbeitenden Volkes.

In ihrer Ausgabe vom Dienstag, den 14. ds. Mts. beschäftigt sich die Volksstimme mit dieser unserer Einstellung und verbricht dabei folgenden Satz:

„... sie wollen eine soziale Einrichtung ausrotten, die als soziales Palliativmittel für notleidende Handwerker und Arbeiter in der Zeit des Absolutismus geschaffen wurde, eine Einrichtung, die in der Zeit des industriellen Aufschwungs für die Heere der Industriearbeiter als Schutz gegen händlerische Ausbeutung vielfach mit Hilfe der Industrie und der Behörden erweitert wurde, eine Einrichtung, die unter den Schikanen des kaiserlichen Reiches wuchs, gedieh und segensreich half, die im Weltkrieg und in der Inflation dem ganzen Volk unschätzbare, vor allem auch von den staatlichen Organen anerkannte Dienste leistete und heute drei Millionen deutscher Familien eine liebe, unentbehrliche Stütze im schweren Kampf ums Dasein bedeutet.“

Gemütsmenschen! Der bisherigen Wirtschaft werfen sie vor, daß sie Gewinnstreben an die Stelle der Bedarfsdeckung gesetzt habe. Welch eine erbabene Logik liegt doch darin, wenn sie — offenbar in Konsequenz dieser Erkenntnis — die Konsumvereine beseitigen wollen, die einzig und allein der vom Gewinn-

streben befreiten Bedarfsdeckung dienen!“

Interessant dabei ist die schleimige, schmierige und die Tatsachen verdrehende Art, wie die „Volksstimme“ es fertig bringt, ihren Lesern Sand in die Augen zu streuen. Dabei steht fest, daß von sozialer Gesinnung bei den Konsumvereinen keine Rede sein kann, denn herrlichstes Bonzenium und fetteste Pfanden lassen sich mit den Löhnen der dabei Beschäftigten nicht vereinbaren. Dabei ist die Frage aufzuwerfen, wo händlerische Ausbeutung mehr getrieben wird, in den Läden des Konsumvereins oder in den Läden des Einzelhandels, der durch die steuerlich begünstigten Konsumvereinsbetriebe an die Wand gedrückt wird. Die Konsumvereine sind ausgesprochene Profitgesellschaften, die kein anderes Ziel haben, als unter dem Mantel der Gemeinnützigkeit (Auswertung von kleinen Gewinnanteilen an die Genossen) einigen marxistischen Fettschlingen ein Leben in Schönheit und Würde zu garantieren. Diese Art Sozialismus bekämpfen wir. Wie weit eine derartige Wirtschaftsdurchführung innerhalb der marxistischen Bonzenverforgungsstellen zu einer Belastung der Allgemeinheit wird, dürfte der Öffentlichkeit klar geworden sein, als die Konsumvereine sich wegen einer Beihilfe in Höhe von Millionen von Mark an das Reich wandten. Die Bonzen um die Volksstimme herum haben es natürlich aus durchsichtigen Gründen unterlassen, auf die Tatsache hinzuweisen, daß durch die Sanierung der Konsumvereine mit öffentlichen Mitteln eben das ganze Volk belastet wird. Darüber blift auch kein noch so schleimiges Geschmier hinweg. Wie es aber innerhalb dieser Konsumgenossenschaften aussieht, das sind wir sehr gut zu beleuchten in der Lage, und wir stellen den einzelnen Genossen anheim, sich über die folgenden Dinge ihre eigenen Gedanken zu machen.

Eine zünftige Pleite.

Der Konsumverein München 1864 hat am 21. April 1932 seine Zahlungen eingestellt. Zur Durchführung eines Vergleiches wurde als Treuhänder die „Deutsche Allgemeine Treuhänder und Treuhänder Vaperrischer

Rechtsanwälte A.-G.“ beauftragt. Die Treuhänderin hat an die Gläubiger des Konsumvereins München unterm 12. Mai 1932 ein Rundschreiben gerichtet, in welchem wortwörtlich erklärt wird:

„... wobei allerdings sowohl die eingezahlten, wie die noch ausstehenden Geschäftsanteile der Genossen werden außer den vorerwähnten Resten als verloren betrachtet werden müssen.“

Aus diesem Satz geht hervor, daß die Genossen des Konsumvereins ihre gesamten Geschäftsanteile verlieren und darüber hinaus die rückständigen Geschäftsanteile in Höhe von 670 183,48 RM., die in dem Statut mit 40 Prozent also rund 250 000 RM. eingezahlt worden sind, ebenfalls verloren sind bzw. eingetriben werden.

Es heißt dann weiter: „Der Status zeigt eine ungewöhnliche Illiquidität, da den kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von mehr als 800 000 RM. fast keine greifbaren Mittel gegenüberstehen.“

Stellt man nun diese Tatsachen dem Volksstimmegeschmier gegenüber, dann bleiben folgende Fragen zu stellen.

Wo ist der Sozialismus in den Konsumvereinsbetrieben festzustellen?

Wo ist der Schutz gegen händlerische Ausbeutungen?

Wo ist die segensreiche Wirkung dieser Bonzenverforgungsstellen?

Wo ist die „liebe“ und „unentbehrliche“ Stütze für den schweren Kampf ums Dasein, und wo die vom Gewinnstreben befreite Bedarfsdeckung?

Schwindel, meine Herren! Der Zusammenbruch des Konsumvereins München 1864 ist ein Symptom, und er ist symptomatisch für die Lanterkeit marxistischer Gesinnung. Auf der einen Seite fetter Pfanden, auf der anderen Seite brutale Ausnutzung der Arbeitskräfte und Betrug an den Genossen, die ihre sauer ersparten Groschen verlieren müssen. Wir sind überzeugt, daß unser Kampf gegen diese Wälfen nicht rücksichtslos genug geführt werden kann und wir werden ihn führen mit aller Energie. Djejal.

Stadt Mannheim.

Mannheim, den 20. Juni 1932.

An alle Parteigenossen und SA-Kameraden, richten wir die dringende Bitte, im Hinblick auf die durch die Aufhebung des SA-Verbotgesetzes geplanten Provokationen des Gegners, eiserne Disziplin und Ruhe zu bewahren. Laßt Euch nicht provozieren! Zeigt, daß Euch das Gehändel der Gegenseite nicht aus Eurer Ruhe bringen kann. In den kommenden Wochen ist es mehr denn je notwendig, daß Ihr zeigt, daß Ihr Disziplin im Leibe habt und unserer Bewegung dadurch nützen wollt, indem Ihr den Anordnungen Folge leistet.

Aus dem Stadtrat.

Antrag der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion der Hauptstadt Mannheim.

Das städtische Fürsorgeamt hat mit Wirkung vom 20. ds. Mts. ab die kostenfreie Verabreichung von Flaschenmilch an Schulkinder erwerbslos und minderbemittelter Mannheimer Einwohner eingestellt. Durch diese unsoziale Maßnahme werden diese Kinder, die ohnehin zum weitaus größten Teil an Unterernährung leiden, in ihrer Gesundheit schwer geschädigt. Zugleich bedeutet die Tatsache, daß gegen Bezahlung weiterhin Milch an Schulkinder abgegeben wird, eine ungebührliche finanzielle Belastung für die Kinder solcher Eltern, die diese Beiträge aus ihren kümmerlichen Unterhaltungen oder Einkommen nicht bestreiten können. Der Stadtrat beschließt darum:

„An die oben bezeichneten Kinder wird mit sofortiger Wirkung in dem bisherigen Umfang Milch während der Schulpausen kostenlos verabreicht. Die Mittel hierzu sind evtl. durch die sofortige Streichung der Nebeneinkünfte städtischer Beamten und Angestellten aufzubringen.“
Der Fraktionsführer.

Polizei-Bericht vom 18. Juni 1932.

Anfall. Beim Instandsetzen einer Gasleitung auf dem Reihplatz wurden gestern nachmittags zwei Arbeiter durch austretendes Gas betäubt. Passanten und ein Polizeibeamter entfernten die beiden Verunglückten aus dem Schacht. Nach Wiederbelebungsversuchen, die von Erfolg waren, wurden die Arbeiter dem Allgem. Krankenhause zugeführt.

Verkehrsunfall. Ein jähriges Kind, das von seinem Vater auf einem Fahrrad mitgeführt wurde, verunglückte gestern nachmittags im Waldpark dadurch, daß es seinen linken Fuß in die Speichen des Fahrrades brachte. Eine erhebliche Wunde am Knöchel war die Folge. Nach Anlegung eines Rotverbandes auf einer Sanitätsstation des Strandbades wurde ärztliche Hilfe in Anspruch genommen.

Demonstrationen. Im Anschluß an eine Erwerbslosenversammlung im alten Rathaus bildete sich gestern Abend zwischen Marktplatz und Friedrichsbrücke ein Demonstrationzug. Beim Einbiegen von der Breitenstraße in den Luisenring wurde er von einem Polizeikommando eingekesselt und aufgelöst. Hierbei mußte teilweise

National-Theater Mannheim.

Die Werbestaue des Nationaltheaters in der Kunsthalle. Das Nationaltheater eröffnet am Sonntag, den 26. Juni, in der städtischen Kunsthalle eine Werbestaue „Zwei Jahre Arbeit des Nationaltheaters“. Die Ausstellung zeigt das Personal des Theaters, seine Arbeitsstätten, die Entschlingung einer Aufführung vom Manuskript zur Premiere, sämtliche Intenierungen der letzten beiden Jahre anhand der Regiebücher, Entwürfe, Bühnenmodelle, Photographien, Kostümpuppen usw., ferner Spielplan- und Probenstatistik und Einblick in die Etatmittel der letzten Jahre. Die Ausstellung wird über die Monate Juli, August geöffnet bleiben. In Verbindung mit der Ausstellung wird eine Einzelnungsstelle für die neue verbilligte Miets eingeleitet.

Kunsthalle

Neue Werbestaue in der Kunsthalle. Als neue „Werbestaue“ ist im Anbau der städtischen Kunsthalle eine Schaue von Radlerinnen und Holschnitten des rheinischen Künstlers H. M. Janßen, Felderhofesbrück, ausgestellt.

Mannheimer Planetarium

Veranstaltungen im Planetarium in der Zeit vom 21. bis 26. Juni 1932.

Dienstag, 21. Juni: 16 Uhr Vorführung.
Mittwoch, 22. Juni: 16 Uhr Vorführung.
Donnerstag, 23. Juni: 16 Uhr Vorführung.
Sonntag, 26. Juni: 16 Uhr Besichtigung, 17 Uhr Vorführung.
Eintritt: 0,50 RM, Studierende und Schüler 0,25 RM.

Abbau der Preise im Nationaltheater

Sie habens erfaßt!

Unser Schmerzenskind, das Mannheimer Nationaltheater will sich in der nächsten Spielzeit in einem neuen Gesicht zeigen. Und zwar sollen die Preise einen radikalen Sturz erfahren, durch den das Nationaltheater einen nie geahnten Besuch erhalten soll! Die Stadtverwaltung hatte dabei am Freitag Nachmittag zu einer Pressebesprechung eingeladen, bei der man so allerhand Neuigkeiten erfahren durfte.

Dr. Heimerich gab zunächst bekannt, daß der Stadtrat in seiner Sitzung vom 6. Juni beschlossen hat, die Eintrittspreise von Beginn der kommenden Spielzeit an auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Die Tagespreise bewegen sich künftig in Oper und Schauspiel — von wenigen Ausnahmen abgesehen — zwischen 0,50 Reichsmark und 4,50 Reichsmark, die Miets für 30 Vorstellungen zwischen 50 und 100 RM. Der Grund dieser radikalen Aenderung (woblgemerkt in Bezug auf die Eintrittspreise) liegt darin, daß bezüglich der bisherigen Mietspreise und Tageskartenpreise infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage Erfahrungen dahingehend gemacht wurden, daß der schlechte Besuch in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen hohen Preisen stehen muß. Mit einer geringfügigen Preislenkung wäre also nicht viel zu erreichen. Ergo muß der Versuch mit einem ganz radikalen Preisabbau gemacht werden. Und zwar soll eine derartige Preislenkung durchgeführt werden, daß das Theater weitesten Schichten der Bevölkerung zugänglich gemacht und damit ein Volkstheater im besten Sinne des Wortes wird. Die Vorzugskarten kommen angesichts der starken Ermäßigung der Miets und Tageskartenpreise in Wegfall. Das kann umso mehr geschehen, als die Miets künftig das Recht erhalten, nicht nur fünf, sondern beliebig viele Vorstellungen umtauschen zu können. Den Theatergemeinden, die sich um die Werbung der dem Theater bisher fernstehenden Kreise für den Theaterbesuch große Verdienste erworben haben, sollen auch künftig Vorstellungen im Nationaltheater wie im Neuen Theater und im Pfalzhaus überlassen werden. Da jedoch die Mietspreislenkung eine sehr erhebliche Vergrößerung der Anzahl der Mietsvorstellungen des Nationaltheaters zur Voraussetzung hat, muß die Zahl der den Theatergemeinden vorbehaltenen Abendvorstellungen im Nationaltheater eine Verringerung erfahren.

Der Stadtrat hat sich zu einem radikalen Preisabbau entschlossen, in der Erwartung, daß die im Voranschlag vorgesehene Einnahmesumme bei diesen Preisen eher erreicht werden kann, als bei Beibehaltung der alten hohen Preise, und daß der Theater durch die Mittel der Allgemeinheit gewährte Zuschuß umso eher gerechtfertigt werden kann, wenn das Theater weitesten Kreisen zugänglich gemacht wird. Abschließend meinte Herr Heimerich noch, daß man sich die ganze Angelegenheit sehr reiflich und sehr lange vom Gummihüppel Oebrauch gemacht werden. Es wurden sieben Personen festgenommen, von denen zwei in das Bezirksgefängnis eingeliefert wurden. — Auch in der Reichsstadt wurde gestern Abend durch Bilden von Sprechchören zu demonstrieren versucht. Die Ansammlungen wurden von der Polizei rasch zerstreut. Vier Personen wurden festgenommen.

KINO

Kopp. Es war verständlich, daß man nach dem außerordentlichen Erfolg, den der Roman der Agnes Günther „Die Heilige und ihr Rart“ hatte, diesen Stoff auch in den Dienst des Films stellte. Der Streifen ist stumm; aber an diesem Beispiel kann man erkennen, daß unter den Stummfilmen oft Besseres zu finden war als bei der heutigen Operettenproduktion. Man hat den Stoff sehr sauber auf das Filmische eingestellt. Als besondere Leistung verdient das Spiel der Lien Deyers genannt zu werden, der Wilhelm Dieterle ein würdiger Partner abgibt. Im Beiprogramm bietet man uns die Emelhamoche, bei der man sich nicht des Eindrucks erwehren kann, daß es sich hierbei um eine zentumliche Fälschung handelt, werden doch neben einer Rede des Herrn Brünig a. D. nicht weniger als zwei Projektionen gezeigt! Ein bißchen zuviel des Guten!

Parole-Ausgabe.

ORTSGRUPPE MANNHEIM.

Sektion Offstadt. Am 24. Juni, abends 8.30 Uhr in den Gloria-Sälen, Seidenheimer Straße 11a Pflichtmitgliederversammlung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Sektionen Feudenheim, Humboldt, Neckarstadt-Ost: 20. Juni, 8.30 Uhr, im „Feldschlößchen“, Käfertaler Straße öffentliche Versammlung mit Pg. Wegandt, Karlsruhe. Thema: „Die Geheimnisse der städtischen Weltfriedmauer!“

überlegt habe. Es wäre das erste Mal, daß ein großes deutsches Theater einen derartig radikalen Preisabbau durchführt. Die Mietszahl, die bisher rund 2000 betragen habe, müsse mindestens verdoppelt werden. Weiter glaubte er die Umstellung gerade jetzt umso eher verantworten zu können, als wir doch in dem Mannheimer Intendanten Maish einen außerordentlich tüchtigen Leiter hätten. Wenn dieser Appell keinen Erfolg haben sollte, dann wäre das

Nationaltheater aufs höchste gefährdet.

Der Mannheimer Intendant, Herr Maish, gab dann als verantwortlicher Leiter des hiesigen Theaters einen allgemeinen Ueberblick über die in der nächsten Spielzeit vorgesehenen Aufführungen. (Wir werden in dieser Hinsicht auf die ganze Angelegenheit nochmals mit einem grundsätzlichen Artikel zurückkommen.)

Bei der Untersuchung der Preislenkungsfrage wären zwei Gesichtspunkte maßgebend gewesen. Einmal wäre es nicht mehr denkbar, am Theateretat weitere Einsparungen vorzunehmen. Auf der anderen Seite müßte man höhere Einnahmen erzielen, weil bisher infolge der hohen Eintrittspreise — und natürlich des damit verbundenen schlechten Besuches — diese Einnahmen relativ gering waren. Der Besuch wäre bisher absolut und relativ kein schlechter gewesen. (!) Der Tagesverkauf war ganz gut, teilweise sogar besser als der letztjährige Durchschnitt. Aber

die Miets ließen in dieser Hinsicht sehr zu wünschen übrig. Die künstlerische Rentabilität soll erhalten werden; in Zukunft würde man mehr Wert auf Qualität als auf Quantität legen. (Dafür haben wir ja immer gekämpft. Die Schriftl.) Trotzdem fährt Herr Maish den schlechten Besuch auf die wirtschaftliche Notlage zurück. (Ist da nicht ein Paradoxon vorhanden? Die Schriftl.)

Anmerkung der Schriftleitung: Wir begrüßen diese schon lange sehr nötige Preislenkungsaktion. Wir begrüßen vor allen Dingen die Einsicht, daß das Theater in erster Linie der Bevölkerung einzuwirken kann, und daß man als Konsequenz daraus durch entsprechende Preise den Besuch der gesamten Bevölkerung ermöglichen muß. Aber wir bekämpfen nach wie vor jede Mißbrauchsführung und jede tendenziöse Entstellung. Wir bekämpfen vor allen Dingen den Mißbrauch des Theaters zu geschäftlichen und sensationsjägerischen Zwecken, wir kämpfen dagegen, daß man aus der feilschen Massenvergiftung breiterer Volksschichten Profit zieht. Wir bekämpfen Stücke, die Sensationen und grundsätzliche Vorstellungen vom Leben und Gelübden hervorruft.

Wir kämpfen dafür, daß das Theater wieder in die Lage versetzt wird, Kinder deutscher Art, deutscher Kultur und deutschen Willens zu sein. Au.

Wir greifen an!

Wir Nationalsozialisten kennen in unserem Kampf um die innere und äußere Befreiung keine Ruhe und Raht, mit unerbittlicher Konsequenz verfolgen wir die Bestrebungen unserer Führer. Immer und immer wieder wird die Idee des Nationalsozialismus, die Idee des kommenden dritten Reiches ins Volk getragen und immer und immer wieder frommeln unsere Redner in den Versammlungen die Massen zusammen und es zeigt sich, daß in unseren Versammlungen der Geist der Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommt. Die Masse zur Freiheit wird breiter und breiter. Die Stunde naht, wo sich das Volk für die Bewegung Adolf Hitlers entscheiden wird. Nachfolgend einige Versammlungsberichte:

Ortsgruppe Käferthal. Im überfüllten Saal zum „Schwarzen Adler“ sprach am 20. Mai Pg. Dr. Roth über das brennende Thema „Wie schaffen wir Arbeit und Brot“. Seine interessanten Ausführungen über die Weltwirtschaftskrise die im Grunde genommen, sich als ein Werk von Menschenhand, eine Herrschaft des Geldes, der Banken und Börsen darstellt, riefen begeisterten Beifall hervor. Der Nationalismus kann uns nicht retten, davon dürfte jeder Zuhörer durch die angeführten Beispiele und Tatsachen überzeugt worden sein. Pg. Dr. Roth wies auf unser Ziel „Bedarfswirtschaft“ hin und schloß seinen Vortrag mit der Aufforderung solange zu kämpfen, bis für jeden Deutschen die Voraussetzungen für „Freiheit, Brot und soziale Gerechtigkeit“ erfüllt sind.

Die Versammlung war ein voller Erfolg.

Kurz danach am 1. Juni 32 fand im selben Lokal eine weitere Versammlung statt, in welcher Pg. Rathmann über das Thema „Tod dem Kommunismus“ sprach. Er konnte als ehemaliger kommunistischer Funktionär und als einer, der die Dinge aus eigenem Erleben kennt, gerade über dieses Thema in interessanter Weise sprechen. Seine Ausführungen über Rußland wirkten wie ein Fanal gegen diesen Ausbeuter- und Elendstaat.

Zu der angeführten Diskussion meldete sich trotz Anwesenheit zahlreicher Kommunisten niemand zum Wort, sodas nach dem Schlußwort die Versammlung mit einem Heil auf unseren Führer geschlossen werden konnte. Die Ausführungen Pg. Rathmanns waren geeignet, den Kommunisten reflexlos die Augen zu öffnen.

Sektion Mannheim-Feudenheim. Die am Freitag, den 2. Juni, stattgefundenen Mitglieder-versammlung im Gasthaus „zum Stern“ war sehr gut besucht, besonders auch von vielen neuentretenden Pgg. Nach Bekanntgabe des Arbeitsplanes für Monat Juni referierte Pg. Pfarrer Kiefer über die bevorstehenden evangelischen Landeskirchenwahlen und strich die Bedeutung dieser Wahlen heraus. Im Anschluß an das Referat verpflichtete der Sektionsleiter sämtliche Pgg. für einen reflexlosen Einsatz im kommenden Reichstagswahlkampf. Ein Heil auf unseren Führer Adolf Hitler schloß die Versammlung, die nach außen und innen ein Bild disziplinierter Geschlossenheit zeigte.

Sektion Mannheim-Neckarau. In der „Krone“ stieg am 13. Juni die Versammlung mit Pg. Schoner, Kaiserslautern. Trotz des warmen Wetters war der Saal gut besetzt und die Er-schienenen bewiesen durch den überaus reichen Beifall am Schluß der Versammlung, daß sich ihr Kommen mehr als gelohnt hatte. Pg. Schoner zeigte die Not des deutschen Volkes auf und rechnete mit den Systemparteien gründlich ab. Durch den Hinweis auf die Ziele unserer Bewegung zeigte der Redner, wie Deutschland mit Adolf Hitler zu Freiheit und Brot kommen kann. Wer Elend und Not verweigert wänst, soll am 31. Juli die Systemparteien wählen. Mit viel Mitterwitz und Humor verstand es Pg. Schoner, die Zuhörer in seinen Bann zu ziehen. Die Versammlung war ein voller Erfolg und ein würdiger und Erfolg versprechender Auftakt zu den kommenden Reichstagswahlkämpfen.

Klein, aber frech!

An einem Sonntag morgen fuhren Mitglieder der Frauenschaft und Jungmädelsgruppe von Neulohheim über Reilingen nach Waldwimmersbach. Als dieselben an einigen Bekannten vorbei kamen, grüßten sie mit „Heil Hitler“. Das konnte der Rajifresser Karl Dorn (1,20 m groß, 70 cm um die Brust, 100 cm ums Mundwerk) nicht hören. Er rief den Hitlerfrauen und -Mädchen „Ihr Hitlermischer“ nach.

Wir werden uns diesen kleinen Verne-groß merken und ihm das „Hitlermischer“ entsprechend antreiben. Vielleicht, daß ihm dabei seine Maulweite ein wenig zusammengezogen wird. Eine kleine Welle noch, Liebling!

Den Todesstoß

muß das schwarz-rote System am 31. Juli bekommen! Drauf!

No



Mann

Dieses Es auf dem Ma Ueberrachung oersfändlich, fen die Spie nicht viel zu 3000 Zuschau ymelte Ueber Form, die d geichnete. O wigshafenern Sturmführer denheim, der Torische w haben war g teidigung die roge. Bei Pieringer po (auch Prose), sich glatt ab Bezing eine färlch, daß Mannheimer kraft haben Langenbein der Pause, Mannheims

Südd

Die Beg nicht geringe net zusamme 0:1 Loren. konnten Aus Die erste Angriffe be machte hierb die Käuferre berger, die überfärlerte. in bester De geichnete De Lor der W raschend han Minute zum bürger Rech gekommen, g berg den Do zum Schre Freude der lieh Jakob den Händen veruchte der stöße den Wechsel war Veinberger, Sturm nach das Schluß Buchloß im griffe des E neten Aroer der Westdeu Westen bra Lor in Osa das interna weiteren Er Jakob für h während h

Kenne diese Packu

Wenn Sie di wiee entlan wenn Sie i dem Sp o umsehen, Schaufenster Heidelberg, häuser, D Frisure u trachten: u wird ihres grüne Pack fallen! Um Deutschland hergestell

DIAD

das sich sel Körperpflege gegen V Toiletentisch Sport p Flaschen um Reformhaus Sportgeschä M.E.G.C

Neueste Sportnachrichten

... nicht sehr zu ...
... Rentabilität ...
... würde man ...
... antizipieren ...
... hämpft. Die ...
... Maßstab den ...
... liche Notlage ...
... von vorhan-

FUSSBALL

Städtefestspiel Mannheim—Ludwigshafen 3:11 (2:7)

Dieses Spiel der beiden Städtevereine auf dem Mannheimer Stadion brachte allerhand Ueberraschungen. Die erste Ueberraschung war verständlich, denn bei diesem heißen Wetter hatten die Spieler nicht viel Lust und man bekam nicht viel zu sehen. Es hatten sich immanchmal 3000 Zuschauer zu diesem Spiel eingefunden. Die zweite Ueberraschung brachte die ausgezeichnete Form, die die Ludwigshafener Mannschaft auszeichnete. Ganz besonders war es bei den Ludwigshafenern der Sturm, und hier vor allem der Sturmführer Dator der Spielvereinigung Mundenheim, der ein ausgezeichneter Brecher und Torjäger war. Die Läuferreihe von Ludwigshafen war guter Durchschnitt, während die Verteidigung dieser der Mannheimer weit überlegte. Bei Mannheim versagte der Tormann Dieringer vollkommen. Auch die Verteidigung (auch Profis), war nicht in voller Form und ließ sich glatt überlaufen. In der Läuferreihe war Brejling eine große Entdeckung. Es war natürlich, daß der auf's Schlechteste aller postierten Mannheimer Stürmer keine große Durchschlagskraft haben konnte. Weder vor der Pause, als Langenhein auf Rechtsaußen spielte, noch nach der Pause, als er Mittelfürer war, konnte Mannheims Mittelfürer gefahren.

Theater ...
... Kultur und ...
... in. Au.

... im selben ...
... statt, in wel- ...
... ma Tod dem ...
... es ehemaliger ...
... als einer, der ...
... kennt, gerade ...
... Weise spre- ...
... chend und ...
... deuter- und ...

... meldete sich ...
... munisten nie- ...
... im Schlachtwort ...
... auf ansetzen ...
... Die Ausfüh- ...
... gezeichnet, den ...
... öffnen.

... im. Die am ...
... e Mitglieder- ...
... war sehr ...
... spielen neu- ...
... eilen des Ar- ...
... te Pg. Pfar- ...
... evangelische ...
... die Bedeutung ...
... an das Re- ...
... iter Ähnliche ...
... kommenden ...
... auf unseren ...
... Versammlung, ...
... diszipliniertes

... in der „Krone“ ...
... ung mit Pg. ...
... des warmen ...
... und die Er- ...
... heraus reichen ...
... ung, daß sich ...
... e. Pg. Scho- ...
... Volkes auf ...
... eien gründlich ...
...iele unse- ...
... e Deutschland ...
... Brot kommen ...
... wigt wünsch- ...
... wahlen. Mit ...
... hand es Pg. ...
... ann zu leben. ...
... er Erfolg und ...
... ender Aufstakt ...
... kämpfen.

... ch!
... fuhren Mit- ...
... Jungmädels- ...
... eilungen nach ...
... an einigen ...
... ten sie mit ...
... Razifresser ...
... em um die ...
... nicht hören. ...
... Mädchen

... inen Gerne- ...
... lternenscher“ ...
... icht, daß ihm ...
... g zusammen- ...
... Welle noch.

VFR. Mannheim — Phönix Mannheim 1:1 (0:1)

Am 04. Juni trafen sich die alten Rivalen aus der Bezirks- und Kreisliga auf dem VFR-Platz im Anschluß an den Leichtathletiktag gegen den FV. Frankenthal. Der VFR, ziemlich komplett und mit Theobald (früher 08 Mannheim) auf Halbrechts antretend, konnte gegen die sehr eifrig spielenden Phönixleute, die ebenfalls zwei „Neuerwerbungen“: Oser und Rahmus (früher SV. Waldhof) mitbrachten, nur ein glückliches 1:1 erreichen, wobei die Phönixleute, den Chancen nach, hätten gewinnen müssen. In der ersten Halbzeit war das Spiel recht nett und schnell, wurde nach dem Wechsel durch Fehlentscheidungen von Fäßl, Sandhofen, reichlich hart und unschön. Bei den Gästen konnten die beiden Verbinder gut gefahren, in der Läuferreihe Moser und Schott und in der Verteidigung Rohr, der Langenhein sehr gut bewachte. Lehnerer setzte sich beim Platzbesitzer ebenso wie Theobald nicht genug ein, beide kombinierten zuviel zusammen, während der linke Sturmläufer etwas absah. In der Läuferreihe war Kamenzien nach der Pause gut, die Verteidigung zuverlässig und Breunig im Tor etwas unsicher. Die Gäste konnten in der 35. Minute durch Rahmus in 1:0 Führung geben und der Platzbesitzer kam erst in der 13. Minute der zweiten Halbzeit durch Pfister zum Ausgleich. Enden 5:4 für VFR.

Privatspiele in Süddeutschland.

Stuttgarter Kickers — VfB. Stuttgart	7:0
FV. Mainz 05 — Schalke 04	2:4
FV. Frankfurt — FC. Viktoria	0:1
SpVgg. Fürth — Wacker München	4:0
SV. Ulm — FC. Wue. Stars Fürth	5:2
Union Niederrad — Wormatia Worms	5:3

Süddeutschland—Westdeutschland 1:0 (1:0)

Die Begegnung in Duisburg brachte eine nicht geringe Ueberraschung, denn die ausgezeichnete Zusammensetzung süddeutsche Elf verlor mit 0:1 gegen Süddeutschland, welches in der bekannten Aufstellung.

Die erste Halbzeit begann mit wechselnden Angriffen beider Mannschaften. Süddeutschland machte hierbei den geschlosseneren Eindruck, da die Läuferreihe, vor allem Mittelläufer Leinberger, die süddeutsche Fünferreihe mit Willen überfüllte. Der Sturm zeigte sich gleichfalls in besserer Verfassung, doch konnte er die ausgezeichnete Deckung und vor allem Rückstoß im Tor der Westdeutschen nicht schlagen. Ueberraschend kam dann Westdeutschland in der 36. Minute zum einzigen Tor des Tages. Der Duisburger Rechtsaußen Ströbinger war gut durchgekommen, gab den Ball zur Mitte, wo Kasselberg den Ball aufnahm und nach auf's Tor schob. Zum Schrecken der Süddeutschen, aber zur Freude der westdeutschen Elf und der Zuschauer ließ Jakob im süddeutschen Tor den Ball aus den Händen ins Tor gleiten. Bis zur Halbzeit versuchte der Süden vergeblich, durch rasche Vorstöße den Vorsprung auszuheulen. Nach dem Wechsel war es der internationale Mittelläufer Leinberger, der immer wieder den süddeutschen Sturm nach vorn warf. Aber jetzt zeigte sich das Schlupfrio der Westdeutschen, vor allem Vuchlo im Tor voll auf der Höhe. Alle Angriffe des Südens scheiterten an der ausgezeichneten Arbeit und den bestreudenden Wschlagen der Westdeutschen Verteidigung. Aber auch der Westen brachte immer wieder das süddeutsche Tor in Gefahr. Hier waren es Schül und Stubb, das internationale Verteidigerpaar, die keine weiteren Erfolge zuließen. Dagegen zeigte sich Jakob für flache Bälle wiederholt recht unsicher, während Halbhohe und hohe Schüsse eine sichere

Beute für ihn wurden. Bei wechselvollem Spiel verstrichen die Minuten, so daß beim Schluß-Süddeutschland einen überraschenden 1:0-Sieg erzielte hatte.

Bei Süddeutschland zeigte Jakob im Tor für flache Bälle eine erschreckende Unsicherheit, so daß auch der einzige Erfolg des Westens auf sein Konto zu buchen ist. Schül und Stubb zeigten ihre internationale Klasse und liehen keine weiteren Erfolge zu. In der Läuferreihe war Leinberger unbedingt der beste. Dagegen spielten die Außenläufer zu sehr defensiv, um dem Sturm genügend Vorlagen und Unterfützung geben zu können.

Die Fünferreihe der süddeutschen Mannschaft zeigte sich im besten Licht, kombinierte vorbildlich und ließ auch vor dem Tor den abschließenden Torstoß nicht vermissen. Rohr als Mittelfürer bot wieder eine ausgezeichnete Leistung. Bei Westdeutschland war das Schlupfrio der beste Mannsdienst. Vuchlo in diesem Kampf einfach nicht zu schlagen. In der Läuferreihe hatte der Mittelläufer Bender eine große erste Halbzeit, während nach dem Wechsel seine Leistungen wesentlich nachließen. Der Sturm des Westens bot keine überragende Leistung, doch tat jeder, was er konnte. Schiedsrichter: Dr. Baumens, Köln, leitete ruhig und sicher.

Redarkreis.

SpV 1910 rückt zur Kreisliga auf? SpV. 1910 — Reilingen 5:1.

Um den Aufstieg in die Kreisliga kämpften am Samstag in Plankstadt die beiden Rivalen aus der A-Klasse. Eine ansehnliche Sportgemeinde verfolgte den zeitweise geradezu raffigen Kampf um den Lorbeer der letzten Saison. SpV. 1910 hat ihn verdient erlangt. Der Mannschaft dieses Vereins ist in ihrer Gesamtheit die Anerkennung auszusprechen, daß jeder einzelne Spieler teil hat am Erfolg. Ihr Spiel zeigte alle Schönheiten eines sachlichen Fußballs, war planvoll durchdacht, fair und fliegend. Das Schlupfrio erweiterte sich der oft ungestümen Angriffe der Reilinger meisterhaft und lieferte den Beweis ihrer Qualifikation für die Kreisliga. Die Läuferreihe bot mit dem wieder gewonnenen Mittelläufer eine ganz große Leistung, deren Hauptmerkmale unermüdlicher Eifer und systemvolles Fußspiel waren. Die Fünferreihe rechtfertigte sich allen Zweiflern gegenüber glänzend durch die am Samstag gezeigten Leistungen und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Dieses Gesamtloß für SpV. 1910 soll keineswegs besonders hervorragende Leistungen beschneiden, sondern dem Gemeinschaftsgedanken dienen, der auch im Sport so notwendig ist. — Das bestige Ringen der Reilinger um den Sieg brachte trotz allen Eifers und unschöner Härte gegen die Einheit des SpV. nur den verdienten Ehrentreffer ein. Storch, Ludwigshafen, als Schiedsrichter löste die in jedem Entscheidungsspiel nicht leichte Aufgabe im allgemeinen zufriedenstellend.

Ausgezeichnete Leistungen bei den DL-Meisterschaften in Heidelberg Ein neuer Rekord für Turnerinnen im Kugelstoßen

Dinkler-Turngemeinde Heidelberg im Speerwerfen und Eschin-Mannheimer Turn-Verein im 200 Meter-Lauf süddeutscher Meister.

Bei günstigem Wetter erfreuten sich die Gelernten in Heidelberg auf dem Hassemerplatz ausgetragenen süddeutschen DL-Meisterschaften einer vorzüglichen Besetzung. Die erzielten Leistungen können zu einem großen Teil als ganz hervorragend angesehen werden. Während sich der Mannheimer Eschin den 200 Meter-Lauf sichern konnte, mußte sich sein Klubkamerad Weiser im 800 Meter-Lauf mit dem zweiten Platz begnügen. Offensichtlich das Bestreben die Heidelberger. So schied Leiper (78) im 100 Meter-Vorlauf trotz der sehr guten Zeit von 11 Sekunden aus, sein Klubkamerad Baper wurde im 400 Meter-Hürdenlauf ganz knapp vorm Ziel noch überholt. Die 3mal1000 Meter-Staffel der badischen DL-Rekord über 5000 Meter. Die 4mal100 Meter-Staffel wurde zu einer ganz mißglückten Angelegenheit. TFC. Ludwigshafen legte wegen Behinderung mit Erfolg Protest ein, verlor aber bei der Wiederholung den Stab, was auch die führenden Mäandener um ihre Chance brachte. Stuttgart mußte wegen Lebensschreitens der Wechselmarke disqualifiziert werden, sodas nur noch Wachenheim als Sieger übrig blieb. Recht unglücklich verlief der 110 Meter-Hürdenlauf; Dinkler hatte in 15,9 Sekunden gewonnen, aber drei Hürden gerissen, sodas er disqualifiziert werden mußte, auch sonst wurden jameist zwei Hürden gerissen, was aber gerade noch zum Erfolg genügt. Die besten Leistungen der technischen Übungen sind in erster Linie der neue DL-Rekord von Hermine Schröder-Wiß mit 13,18 Meter, dann auch der Hochsprung von Fr. Heid-Zirndorf mit 1,47,5 Meter, dann der Stabhochsprung von Müller-Ruchen mit 3,74 Meter, die Dreisprünge der beiden Hahlocher Rivalen mit fast 14 Meter, sowie auch der für süddeutsche Verhältnisse gute Diskuswurf von 41,52 Meter, sowie auch der Speerwurf von Dinkler mit 57,36 Meter.

Ergebnisse:

- 800 Meter. 1. Single, TV. Ehlingen, 1,50,3 Min.; 2. Wber, TV. 46 Mannheim, 2,03,1 Min.; 3. Hogmaler, TV. Ehlingen, 2,03,5 Min.
- 100 Meter Frauen. 1. Hoberd, TV. Ehlingen, 12,6 Sek.; 2. Brückner, TV. 17 Mainz, 12,7 Sek.; 3. Stöckle, TV. Stuttgart, 12,9 Sek.
- 100 Meter. 1. Gräner, TV. Würzburg, 11 Sek.; 2. Thaler, Td. München, 11,1 Sek.; 3. Löfer, TFC. Ludwigshafen, 11,2 Sek.
- Stabhochsprung. 1. Rädle, Td. Reuzingen, 9,56 Meter; 2. Hohfeld, Tg. Mundenheim, 9,29 Meter; 3. Hartnagel, Tg. Würzburg, 9,18 Meter.
- Scheitlerball. 1. Schumann, TV. Lamsheim, 56,02 Meter; 2. Richtigmann, TV. Mitterteich, 51,75 Meter; 3. Ade, Td. Stuttgart, 50,98 Meter.
- Deutscher Sechskampf. 1. Maier, TV. Prog-Stuttgart, 570 Punkte; 2. Kullmann, MTV. Karlsruhe, 578 P.; 3. Ade, Td. Stuttgart, 530 Punkte; 4. Roth, MTV. Karlsruhe, 522,5 P.
- Fünfkampf Frauen. 1. Mauermaier, TV. Neubausen/Romphenburg, 530 Punkte; 2. Eberhard, TV. Eisingen, 482 Punkte; 3. Reufcheler, TV. Lamsheim, 472 Punkte; 4. Kämpert, TV. 61 Zweibrücken, 454 Punkte.
- Weißsprung Frauen. 1. Mauermaier, TV. Neubausen/Romphenburg, 5,17 Meter; 2. Bekker, SV. Frankfurt, 5,14 Meter; 3. Spitzweg, Td. München, 5,08 Meter; 4. Beckler, TV. 46 Mannheim, 4,97 Meter.
- 200 Meter. 1. Eschin, TV. 46 Mannheim, 23,3 Sek.; 2. Holach, Td. Stuttgart, 23,4 Sek.; 3. Gräner, TV. Würzburg, 23,5 Sek.
- 400 Meter. Single, TV. Ehlingen, 51,5 Sek.; 2. Römer, TV. 46 Heidelberg, 53 Sek.; 3. Baper, TV. Ehlingen, 53,6 Sek.
- 1500 Meter. 1. Carl, TV. Worms, 4:14,8 Min.; 2. Wagner, MTV. Saarbrücken, 4:16,1 Min.; 3. Stang, Tg. Eckenheim, 4:17,6 Min.
- 5000 Meter. 1. Köpf, TV. Pfronten, 16:15,3 Min.; 2. Laufer, TV. 46 Heidelberg, 16:17,1 Min.; 3. Eberhard, TV. Neustadt a. d. S., 16:17,1 Min. Bruffler.
- 4mal100 Meter-Staffel. 1. Vorwärts Bohenheim 5,4 Sek.; TV. Stuttgart disqualifiziert, TFC. und München verließen den Stab und geben auf.

- 3mal1000 Meter-Staffel. 1. TV. Stuttgart 8:17,4 Min.; 2. TV. Vorwärts Bohenheim 8:19,9 Min.; 3. TV. 46 Mannheim 8:20,7 Min.
- Olympische Staffel. 1. TV. Ehlingen 3:45,5 Min.; 2. TV. Stuttgart 3:46,3 Min.; 3. TV. Vorwärts Bohenheim 3:50,2 Min.
- 4mal100 Meter-Staffel Frauen. 1. Stadt-SV. Frankfurt 53,5 Sek.; 2. TV. 17 Mainz 53,7 Sek.; 3. TV. 46 Heidelberg 54,4 Sek.
- 110 Hürden. 1. Haag, TV. Öppingen, 16 Sek.; 2. Preiß, Bad Kreuznach, 16,5 Sek.
- 400 Meter Hürden. 1. Lorenz, Tg. Stuttgart, 59,9 Sek.; 2. Baper, TV. Heidelberg, 60,1 Sek.; 3. Harte, TV. 46 Heidelberg, 62,4 Sek.
- Hochsprung Frauen. 1. Heid, TV. Zirndorf, 1,47,5 Meter; 2. Barber, TV. 46 Heidelberg, 1,40 Meter; 3. Kämpert, TV. 61 Zweibrücken, 1,40 Meter, durch Stechen entschieden.
- Kugelstoßen Frauen. 1. Schröder-Wiß, TV. Mundenheim, 13,18 Meter (neuer DL-Rekord); 2. Reufcheler, TV. Lamsheim, 10,31 Meter; 3. Bäuerle, TV. 46 Mannheim, 9,46 Meter.
- Diskuswerfen Frauen. 1. Mauermaier, TV. Neubausen/Romphenburg, 35,80 Meter; 2. Schröder-Wiß, TV. Mundenheim, 33,90 Meter; 3. Reufcheler, TV. Lamsheim, 32,25 Meter.
- Speerwerfen Frauen. 1. Moser, TV. Ansbach, 33,05 Meter; 2. Eberhard, TV. Eisingen, 30,90 Meter; 3. Hoffmann, TV. 17 Mainz, 30,48 Meter.
- Weißsprung. 1. Bättnier, TV. Plankstadt, 7 Meter; 2. Kammel, TV. Hahloch, 6,80 Meter; 3. Würfelstöckler, Turnerschaft München, 6,65 Meter.
- Hochsprung. 1. Haag, TV. Öppingen, 1,82 Meter; 2. Bättnier, TV. Plankstadt, 1,72 Meter; 3. Weiß, TV. Mundenheim, 1,72 Meter, durch Stechen entschieden.
- Stabhochsprung. 1. Müller, TV. Ruchen, 3,74 Meter; 2. Ringhof, TV. 43 Viernheim, 3,34 Meter; 3. Köstler, TV. 46 Heidelberg, 3,14 Meter.
- Dreisprung. 1. Kammel, TV. Hahloch, 13,95 Meter; 2. Martini, TV. Hahloch, 13,42 Meter; 3. Bättnier, TV. Plankstadt, 13,23 Meter.
- Kugelstoßen. 1. Ueber, TV. 60 Fürth, 13,85 Meter; 2. Ade, Td. Stuttgart, 12,95 Meter; 3. Kullmann, MTV. Karlsruhe, 12,90 Meter.
- Diskuswerfen. 1. Würfelstöckler, Turnerschaft München, 41,52 Meter; 2. Schumann, Lamsheim 39,04 Meter; 3. Richtigmann, Mitterteich, 36,5 Meter.
- Speerwerfen. 1. Dinkler, TV. Heidelberg 57,36 Meter; 2. Bättnier, TV. Plankstadt, 54 Meter; 3. Dreßel, TV. Fürth, 53 Meter.

Die südd. Meisterschaften der DSB in München

Der erste Tag brachte keine überragenden Leistungen, die relativ beste Zeit erzielte Böhm, Nürnberg, im 400 Meter-Hürdenlauf mit 56,3 Sekunden. Erwähnt sei noch das scharfe Rennen in der 4mal 1500 Meter-Staffel. Die Stuttgarter Kickers verteidigten hier ihre Meisterschaft erfolgreich, da sie nach wechselnder Führung den Lokalrivalen VfB. Stuttgart um 80 Meter schloßen konnten.

Der Sonntag vormittag brachte wieder einige Entscheidungen, wobei teilweise ganz hervorragende Leistungen, so vor allem bei der Wiederholung im Weißsprung, erzielt wurden. In dieser Konkurrenz wurden sowohl die Vor- wie auch die Entscheidungskämpfe wiederholt. Der Stuttgarter Schräg brachte es dabei auf 7,31 Meter vor Bäumer, Ulm, 7,09 Meter und auch der Dritte kam noch über die 7 Meter-Grenze. Hervorragend waren auch die Leistungen in den Frauen-Konkurrenzen, wobei Fräulein Haag, Frankfurt, im 80 Meter-Hürdenlauf eine ganz glänzende Zeit mit 13,3 Sek. herauslie und Fleischer, Frankfurt, im Speerwurf mit 44,31 Meter nahe an die bestehende Rekordleistung herankam und damit die bisherige süddeutsche Bestleistung in dieser Konkurrenz überbot. Ueber 10000 Meter gab es bei den Herren einen erbitterten Kampf zwischen den beiden Stuttgartern Borch und Heber, 1, wobei schließlich Borch in der letzten Runde den Sieg an sich brachte.

(Die Ergebnisse der Sonntagnachmittag-Kämpfe veröffentlichen wir morgen.)

Hauptkassierer Dr. H. Rattermann.
Beratung: Dr. H. Rattermann; für Aufgaben, Preislisten und Nummern: A. Berger-Reber; für Einzel-Verkauf, Bestellungen, Bestenpreise und „Stich Blätter“: H. Haas; für unpolitische Redaktionen, „Stich Blätter“ und Sport: Heber; für Frauen-Verkauf: H. Haas; für Frauen-Verkauf: R. Ott. Samstags in Heidelberg, (19. Juni), 8 Uhr in Mannheim.) Berechnungen der Resultate: 17-18 Uhr. München: Winter, Göttingen.

Kennen Sie diese Packung?
Wenn Sie die Neckarwiese entlang gehen, wenn Sie sich auf dem Sportplatz umsehen, oder die Schaufenster der Heidelberg, Reformhäuser, Drogerien, Frisiersalons usw. betrachten: Überall wird Ihnen diese grüne Packung auffallen! Und nicht nur in Heidelberg, sondern in ganz Deutschland! Es ist das altbewährte, in Heidelberg hergestellte
DIADERMA - Hautfunktions - Öl
das sich seit Jahrzehnten bewährt hat zur täglichen Körperpflege, zur Sportmassage, gegen Sonnenbrand und gegen Wind und Wetter! Es ist deshalb auf dem Toiletientisch der Dame genau so wichtig wie auf dem Sportplatz und im Strandbad!
Flaschen von RM. — 30 bis 1,70 bei allen Heidelberger Reformhäusern, Drogerien, Frisiersalons, Apotheken und Sportgeschäften!
M. E. G. Gotlieb, Gmbh., Heidelberg

